Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46 Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 30 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 20 Pfg., auswärtige Anzeigen 35 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 258. Freitag, den 2. November 1917. 24. Jahrg.

Die drohende Wohnungsnot.

Von Otto Hue.

In der Sonderbeilage des „Reichsarbeitsblattes" vom Juni 1916 heißt es nach einer auf reiches statistisches Material gestützten Betrachtung der Bautätigkeit und des Wohnungsmarktes in deutschen Städten im Jahre 1915: **„Es wird also mit einer stark erhöhten Nachfrage nach Wohnungen nach dem Kriege zu rechnen sein, welcher der Ausfall der Neuwohnungen durch das Darniederliegen der Bautätigkeit gegenübersteht."**

Mit diesen Worten ist die Situation auf unserem Wohnungsmarkt knapp gekennzeichnet. **Es droht der unbemittelten Volksmasse in den Großstädten und in den Großindustriegebieten eine schwere Wohnungsnot!** Der amtliche Berichterstatter erinnert an die nach dem Kriege 1870/71 eingetretene Wohnungsnot und erklärt hierzu: „Damals war die Bautätigkeit nur kurze Zeit unterbrochen, während der Krieg jetzt schon in den dritten Sommer hinein sein störendes Wirken auf dem Baumarkt ausübt."

Inzwischen hat sich die Lage noch wesentlich verschärft. Nach Zählungen in 45 deutschen Gemeinden sind errichtet worden:

	Wohngebäude	Wohnungen
1912:	9507	64 107
1915:	2589	13 646
1916:	1099	5 015

Schon im Jahre 1915, als die private Bautätigkeit noch nicht so gut wie ganz zugunsten der militärischen und rüstungsindustriellen Bauten eingestellt war, schrieb ein so hervorragender Sachkenner wie Stadtbaurat a. D. F. Beuster: Wenn . . . . nicht auf neuen Wegen eine **kräftige Vermehrung der Kleinwohnungen mit größter Schnelligkeit** herbeigeführt, so werden wir nach menschlicher Voraussicht wie nach dem Kriege 1870/71 so auch nach diesem Kriege mit einer **heftigen Kleinwohnungsnot** zu rechnen haben, mit all ihrem **Wohnungselend infolge Ueberfüllung der Wohnungen und Zusammendrängung auch in ungesundesten Quartieren."** (Städtische Siedlungen nach dem Kriege. Berlin 1915, Heymans Verlag.) Seitdem dies geschrieben wurde, sind wieder zwei Kriegsjahre dahingegangen. Der Wohnungsbau ist nicht belebt, sondern stärker gehemmt worden. Die Gefahr der Wohnungsnot ist also noch außerordentlich gewachsen!

Darüber herrschte Uebereinstimmung in der am 16. Oktober d. J. stattgefundenen ersten Gesamtsitzung des vom **preußischen Ministerium der öffentlichen Arbeiten** berufenen **„Beirats für Städtebau und städtisches Wohn- und Siedlungswesen."** Diesem Beirat gehören neben Delegierten des Preußischen Städtetages eine Reihe Männer an, die seit langem hervorragend auf dem Gebiete der gemeinnützigen Wohnungspolitik arbeiten, wie Landesrat Althoff (Münster), Staatssekretär a. D. Dernburg, Professor Dr. v. Mangold, ferner erste Autoritäten für das Siedlungswesen und die Baukunst wie die Professoren Eberstadt (Berlin), Frentzen (Aachen), Stadtbaurat a. D. Beuster; auch das privatkapitalistische Bauunternehmertum ist u. a. durch den Kommerzienrat Haberland (Berlin) vertreten. Von Arbeitervertretern sind berufen Hartmann (H.-D. Gewerkverein), Giesberts (christl. Gewerk.) und Schreiber dieses. In den Sonderausschuß für Kleinwohnungsbau wurde Hartmann, in den Sonderausschuß für Bebauungspläne und Bauordnungen der Verfasser gewählt. Die Erörterung in der ersten Beiratssitzung konnte sich naturgemäß, nach einleitenden Referaten von Regierungsvertretern, nur in einem allgemeinen Rahmen bewegen. Die Vorarbeiten der praktischen Maßnahmen zur schleunigsten Behebung der allgemein anerkannten Gefahr der Kleinwohnungsnot soll in Verbindung mit den zuständigen Regierungsstellen von den Sonderausschüssen geleistet werden. Der Leiter der Konferenz, Unterstaatssekretär v. Coels v. d. Brüggen erklärte, es solle und müsse möglichst schnell und großzügig vorgegangen werden.

Das Charakteristikum dieser Beiratsbesprechungen war eben die allseitige Betonung der drohenden Wohnungsnot nach dem Kriege. Wenn auch die Ansichten über die Güte der besprochenen Abwehrmittel je nach dem sozialen Standpunkt der Sprecher differierten, daß eine große soziale Gefahr herangewachsen sei und in unerhörter Weise weiter wachse, sofern nun nicht schnelle und umfassende Vorbeugungsmaßregeln ergriffen würden, darin herrschte Uebereinstimmung. Darum konnte es auch nicht fehlen an abfälliger Kritik der mehr oder weniger noch passiv gebliebenen Haltung der berufenen Regierungsstellen gegenüber des seit Jahren bemerkbaren Mangels an gesunden Kleinwohnungen, der schweren Uebelstände auf dem Gebiete der Bodenspekulation, des Bodenwuchers, der Zurückhaltung fiskalischen Geländes für gemeinnützige Bebauungszwecke, des Fehlens ausreichender staatlicher finanzieller Unterstützung der gemeinwirtschaftlichen Baugenossenschaften usw. Recht eindrucksvoll setzte besonders Staatssekretär a. D. Detnburg die fiskalischen und die privatkapitalistischen Begehungs- und Unterlassungssünden hinsichtlich des Besiedlungs- und Wohnungswesens auseinander. Er verlangte insbesondere radikale Maßnahmen gegen die Ueberfüllung der Großstädte, Bereitstellung sehr erheblicher Reichs- und Staatsmittel für gemeinwirtschaftliche Bauzwecke, da von dem privaten Baukapital auch wegen der anderweitigen sehr starken Inanspruchnahme des Geldmarktes keine befriedigende Lösung der Wohnungsfrage zu erwarten sei. In ähnlicher Weise sprechen sich Vertreter von Großstädten und Wortführer der freien Baukünstler aus. Ohne die Beschaffung von nicht kleinen Summen Baugelder seitens des Reiches und des Staates sei das Wohnungsproblem nicht mehr zu lösen.

Von den Arbeitervertretern wurde diese Forderung natürlich unterstützt, im weiteren darauf hingewiesen, daß der Ueberfüllung der großstädtischen und großindustriellen Massenquartiere wirksam begegnet werden könne auch durch eine zeitgemäße Verkehrspolitik. Man müsse es den Arbeitern und Angestellten ermöglichen, nicht in unmittelbarer Nähe ihrer Arbeitsstellen zu wohnen, die Besiedelung müsse dezentralisiert werden. Hierzu trage aber eine Verteuerung der Verkehrsmittel, wie sie jetzt in der ungeheuren Hinaufsetzung der Eisenbahnfahrt in Erscheinung trete, keineswegs bei. Verbilligung der Eisenbahn- und Straßenbahnbenutzung, großzügiger Ausbau des Vorortsverkehrs sei vonnöten, wenn man die ungesunden Massenquartiere, die überfüllten Mietskasernen auslüften wolle.

Ein trübseliges Kapitel ist die noch zu erwartende Mietesteigerung. Vertreter des Baukapitals geben die während des Krieges eingetretene Baukostenerhöhung bis auf 150 Prozent an! Mit einer dauernden Erhöhung von wenigstens 50 Prozent müsse gerechnet werden, dementsprechend würden sich also die Mieten erhöhen. Nun steht aber fest, daß ohnehin schon von dem Einkommen der „unteren" Volksschichten ein viel zu hoher Teil für Wohnungsmiete ausgegeben werden muß. Damit ist aber keineswegs gesagt, daß namentlich die kinderreichen Familien für die unverhältnismäßig hohe Mietsausgabe gesundheitlich einwandfreie Wohnungen bekommen. In dieser Beziehung sei beispielsweise verwiesen auf die Schrift von Dr. Marie Baum: „Wohnweise kinderreicher Familien in Düsseldorf-Stadt und -Land (Berlin, Heymans Verlag 1917). Dort lese man nach, wie ungesund heute kinderreiche Familien hausen müssen. Und wie wird es erst werden, wenn die von allen Sachkundigen vorausgesagte Wohnungsnot nach der Rückkehr unserer Massenheere in die Großstädte und Großindustriebezirke eintritt? Der Wohnungsmangel zieht eine besondere Wohnungssteuerung nach sich, das verarmte Volk wird sich in noch höherem Maße als früher in Kleinwohnungen sammeln. Die sozialen Folgen sind leicht auszudenken.

Die Verteuerung des Bauens ist hauptsächlich die Folge der **kolossalen Erhöhung der Baustoffpreise.** Schreiber dieses konnte in der Beiratssitzung nach Mitteilungen von Bauunternehmern feststellen, daß von 1914 bis 1917 beispielsweise die Preise für dasselbe Quantum Ziegelsteine von 18—24 auf 48—52, Sand von 20—21 auf 30—31, Kalk von 200—210 auf 340—345, Zement von 280—300 auf 700—715 (!), Bauholz von 48—52 auf 86—96, Dachpfannen von 420 bis 450 auf 720—780 (!), eiserne Träger von 140 auf 230, Dachpappe von 3—4,50 auf 8,50—13 Mk. hinaufgesetzt wurden. (Aus der Versammlugn heraus wurde sogleich erklärt, die neuesten Preise seien noch höher!) Ein wichtiger Teil der Baustoffindustrie ist zwar **mit tätiger Hilfe von Regierungsorganen syndiziert worden.** Aber die jetzt verlangten Preise beweisen zumindest, daß die Regierung den Unternehmern wohl zu Syndikaten verhalf, es aber an der nötigen Niederhaltung der Syndikatspreise im Interesse des Wohnungsbaues fehlen ließ. Das tritt besonders aus der ungeheuerlichen Preissteigerung für Zement hervor. Die Zementindustrie krankte längst vor dem Kriege an einer gewaltigen Ueberproduktion. Es wurden 1913 von uns 1 129 563 Tonnen Zement exportiert, nur 168 449 Tonnen importiert. Mithin handelt es sich hier um einen wichtigen Baustoff, den wir in Ueberfülle im Inlande erzeugen. Die nun, besonders seit der Syndizierung der gesamten deutschen Zementindustrie im Vorjahre eingetretene ungeheure Preissteigerung kann also nicht auf „Materialmangel", sondern muß auf das Profitbedürfnis der Fabrikanten, die sich nun „sanieren" auf Kosten der Allgemeinheit, zurückgeführt werden. Die Folge ist auch eine **ungeheure Verteuerung des Wohnungsbaues.** Die Lieferanten der anderen Baustoffe nehmen sich „natürlich" die Zementindustriellen zum Muster.

Ein Vertreter der sich mit der Beschaffung von Baustoffen befassenden militärischen Zentralbehörde anerkannte „von Herzen" die Berechtigung der vom Schreiber dieses vorgebrachten Kritik der Preissteigerungen durch die Unternehmerkartelle und erklärte, es müsse mit Rücksicht auf den dringlich erforderlichen Wohnungsbau eine Preissenkung eintreten. Aber die bisherigen Erfahrungen lassen die Hoffnung nicht zu, daß die so hochgetriebenen Preise für Baumaterialien in absehbarer Zeit so ermäßigt werden, wie es den tatsächlichen Fabrikationskosten entspricht.

Die Tatsache der drohenden Wohnungsnot der unbemittelten Bevölkerung ist mithin unbestritten. Der schon vor dem Kriege bestehende Mangel an gesunden Kleinwohnungen, das Zusammenpferchen von Hunderten Menschen in einer einzigen Mietskaserne mit ihren hinreichend bekannten sozialen Schäden wird also nach dem Kriege noch ärger werden, wenn nun nicht schleunigst umfassende Vorbeugungsmaßregeln durchgeführt werden. Die zuständigen Regierungsstellen haben das Bestehen dieser großen Gefahr zugegeben. Ob aber die notwendigen Maßregeln schnell genug ergriffen werden, das ist schon angesichts der großen Zersplitterung der behördlichen Instanzen fraglich. In Preußen allein sind „nur" sieben Ministerien mit dem Siedlungs- und Wohnungswesen befaßt! Dazu kommen die zahlreichen unteren Verwaltungsbehörden bis herab in die kleinsten Kommunen. Die zu lösende Aufgabe ist aber so gewaltig, sie ist so sehr eine **Lebensfrage des ganzen deutschen Volkes, daß die schnelle Schaffung eines Reichszentralstelle speziell für das Siedlungs- und Wohnungswesen** (Reichswohnungsamt) unumgänglich ist. Dieser Reichsstelle müßten die weitgehendsten Machtbefugnisse gegeben werden.

Die Kanzlerkrise.

Graf Hertling hat im Laufe des Donnerstags den Parteiführern mitgeteilt, daß er das Amt des Kanzlers und des preußischen Ministerpräsidenten anzunehmen bereit sei, nachdem eine Einigung über die vorhandenen Differenzen sich mit den Mehrheitsparteien hat erzielen lassen.

Graf Hertling fuhr gestern gegen Abend zum Kaiser nach Potsdam. Nachdem die einzelnen Fragen eingehend besprochen waren, hat der Kaiser an den König von Bayern die telegraphische Bitte gerichtet, den Grafen Hertling behufs seiner Ernennung zum Reichskanzler und preußischen Ministerpräsidenten aus dem bayerischen Staatsdienst zu entlassen, eine Bitte, der König Ludwig alsbald telegraphisch entsprochen hat. Mit der Erfüllung dieser Bitte war das letzte formelle Hindernis für die Ernennung des Grafen Hertling beseitigt. Seine Ernennung ist also als vollendete Tatsache anzusehen.

Der „Berl. Lokalanz." bezeichnet es als sehr bedenklich, falls Herr v. Payer Vizekanzler würde, daß zwei Süddeutsche Einfluß auf die Gestaltung der Dinge in Preußen gewinnen sollten.

Das „Berliner Tageblatt" meint: „Die Mehrheitsparteien sehen, mit Ausnahme des Zentrums, die Aera Hertling ohne Enthusiasmus kommen, sind aber der Meinung, daß sie nach den Ergebnissen der Verhandlungen, dem Grafen Hertling ihre Unterstützung bis auf weiteres gewährleisten sollen."

Die „Voss. Ztg." sagt: „Eine wesentliche Schwierigkeit wird in dem Augenblick überwunden sein, wo es feststehen wird, daß der nationalliberale Führer im Abgeordnetenhause, Geheimrat Friedberg, sich bereit findet, die Stelle eines Vizepräsidenten des Staatsministeriums zu übernehmen. Diese Bereitwilligkeit würde als ein Zeichen aufzufassen sein, daß die Nationalliberalen sich mit der Kanzlerschaft Hertling abgefunden haben."

Die „Kreuzztg." hat in diesen Tagen fortgesetzt den Mehrheitsparteien vor Augen gehalten, daß es keineswegs mit unseren verfassungsmäßigen Zuständen in Einklang zu bringen sei, wenn sie einem Kanzler-Kandidaten zumuten, sich erst mit ihnen zu verständigen. Jetzt auf einmal schreibt das gleiche Blatt: „Wenn es im übrigen wirklich richtig ist, daß Graf Hertling in so eingehender Weise, wie berichtet, mit den Reichstagsparteien verhandelt hat, so muß doch auch angenommen werden, daß er sowohl wie auch besonders Dr. Friedberg, die angeblich in Aussicht genommene Regelung in Preußen nicht vornehmen würden, ohne vorher die Auffassungen der maßgebenden Faktoren des preußischen Landtages zu ermitteln. Eine derartige Umgehung des preußischen Parlaments können wir den beiden genannten Herren unmöglich zutrauen."

Der Zusammenbruch der Italiener.

Der Zusammenbruch der italienischen Ost- und einer Teiles der Nordfront hat sich zu einer Katastrophe von unerhörten Folgen gestaltet. Wenn nach den bisherigen Leistungen der deutschen Truppen und ihrer Verbündeten im Weltkrieg überhaupt noch eine Steigerung möglich war, dann ist sie diesmal erreicht worden. Am 23. Oktober erst gingen die verbündeten Truppen am Isonzo zum Gegenstoß über,

und bereits am 31. Oktober war der größte Teil der italienischen Truppen, die 2½ Jahre lang das österreichische Gebiet bedrohten, zerschmettert. Acht Tage reichten aus, um diese Riesenaufgabe zu bewältigen. Die ungeheuerlichen Zahlen von Gefangenen und der eroberten Geschütze allein kennzeichnen noch nicht einmal den vollen Umfang des Siegeszuges der 14. Armee. Man muß hinzurechnen, was an Toten und Verwundeten auf der Strecke blieb, und man darf vor allem nicht übersehen, daß von der zweiten und dritten italienischen Armee nach ihrer schweren Niederlage nur noch Trümmer übrig sind, unfähig jedes nachhaltigen Widerstandes. Nimmt man hinzu, daß gleichfalls im Oktober auch der Golf von Riga mit den Inseln Oesel und Dagö gewonnen wurde, so wird man vom Oktober 1917 noch lange singen und sagen. Hat er doch zugleich mit der höchsten Steigerung der militärischen Kämpfe auch die höchste Steigerung der militärischen Erfolge der deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen gebracht.

Dabei hatten gerade in diesem Monat die deutschen Truppen an der Westfront mit den härtesten Angriffen der Engländer und Franzosen in Flandern und in der Champagne zu rechnen. Und es muß dahingestellt bleiben, ob es nicht ebenso schwer war, die Front in Flandern und bei Soissons zu halten, wie die italienische Front am Isonzo bis zur Vernichtung aufzurollen. Will man den Stimmen aus Paris und London glauben, so wird man darauf gefaßt sein müssen, daß die Westmächte den Versuch machen werden, den italienischen Bundesgenossen, der sie selbst entlasten sollte, nun ihrerseits zu entlasten. Vielleicht sind die Spitzen der Hilfsaktion der Entente bereits am Tagliamento angelangt. Aber sie kommen in jedem Falle zu spät.

Ueber die Kämpfe in Italien wird aus Berlin noch berichtet:

Das Drama des von seinen Verbündeten im Stich gelassenen italienischen Heeres wächst immer mehr zu einem welterschütternden Ereignis an. In der kurzen Woche sind zwei große, starke italienische Armeen fast völlig aufgerieben worden. Es wurden über 180 000 Mann gefangen und mehr als 1500 Geschütze erbeutet. Die in die Welt hinausposaunte Hoffnung des italienischen Volkes, westlich Udine den Siegeslauf der Verbündeten aufzuhalten, brach nach dem letzten großen Siege am Tagliamento zusammen. Noch hat die italienische Heeresleitung und Regierung nicht den Mut, dem Volke die ganze Größe der Niederlage einzugestehen und klammert sich krampfhaft an die erwartete Hilfe der Engländer und Franzosen. In drei Tagen haben die Verbündeten die für uneinnehmbar erklärten italienischen Gebirgs- und Felsenstellungen, Panzerwerke und Forts gestürmt und am vierten Tage sich den Austritt in die Ebene erkämpft. Udine, Görz und Monfalcone wurden erobert und die in der Ebene des Tagliamento sich zur Schlacht stellende Nachhutarmee Cadornas vernichtet und entscheidend geschlagen. Tausende von Ortschaften und eine große Anzahl bedeutender Städte sind genommen worden und über 4000 Quadratkilometer Landes wurden dem Feind genommen. Zu der gewaltigen Gefangenenbeute treten die schweren, blutigen Verluste, die an vielen Punkten der zähe und tapfer fechtende Feind erlitt. Die Zahl der eroberten Geschütze, zum großen Teil unversehrt und moderner Art, übertrifft fast um das Doppelte den Friedensstand des amerikanischen Artilleriematerials. Die ungezählten glänzenden Abwehrsiege in der monatelangen Schlacht im Westen, die deutsche Truppen trotz der verzweifelten Anstrengungen der Engländer und Franzosen erkämpften, sowie die Erfolge im Osten schufen Grundlagen zu einer neuen gewaltigen Operation. Jeder deutsche Soldat in Ost, West und Uebersee hat darum Anteil an den Erfolgen in Italien, die im vierten Kriegsjahre nach einem Kampf fast gegen die ganze Welt alles bisher dagewesene übertreffen. Die lügnerische Berichterstattung der feindlichen Funksprüche wird erneut durch den französischen Funkspruch Lyon erhellt, der noch am 1. November meldet, die Italiener hätten lediglich den Isonzo verlassen, den weiteren feindlichen Vormarsch aber aufgehalten.

*

Der schweizerische Militärkritiker Siegemann schreibt im „Bund“ zur Kriegslage: Die Entwickelung der österreichisch-ungarischen und deutschen Offensive in Italien nahm den vorgezeichneten Verlauf und entwurzelte die ganze Isonzo-Stellung. Die Durchbrechung des Zentrums der allgemeinen italienischen Aufstellung ist als völlig gelungen zu betrachten. Die Italiener wurden nicht nur das Opfer der strategischen Lage, wozu sie sich seit Kriegsbeginn verurteilt sahen, sondern sie verkannten auch die besonderen strategischen Verhältnisse, worunter sich der deutsch-österreichisch-ungarische Gegenangriff zur großen Offensive gestaltete. Der innere Zusammenhalt der italienischen Armee war nicht stark genug, sich aus der mißlichen operativen Lage zu befreien, worin sich die Isonzo-Armee Cadornas plötzlich gestürzt sah. Cividale ist nicht nur besetzt, sondern sogar Udine ist bereits erreicht. Damit ist der Zusammenbruch der Isonzo-Front, also der gesamten Angriffsfront des italienischen Heeres besiegelt. Es ist schwer zu begreifen, wie sich die Entente in die Gefahr einer solchen Katastrophe begeben konnte. Die psychologische Erklärung liegt wohl in der Unterschätzung der deutschen und österreichisch-ungarischen Reserven und in der Verkennung der Handlungsfreiheit und der kausalen Zusammenhänge, die sich durch alle Operationen der deutschen und österreichisch-ungarischen Heeresleitungen ziehen. Die Strategie der Entente pflegt zu flicken oder im kleinen zu schematisieren. Das ist ein Fehler, der aus ihren militärischen Grundsätzen stammt. Es ist aber ein größerer Fehler, die überlegene strategische Methode des Gegners nicht anzuerkennen. Die Mittelmächte handelten wieder einmal an einem entscheidenden oder als entscheidend gedachten Punkt überlegen. Betrachtet man die europäischen Fronten als strategische Einheit und die Kampfhandlungen, die sich von Riga bis Tulcea, Monastir und Valona ziehen und sich am Isonzo bei Trient und an der ganzen Westfront bis Nieuport abspielen, als große Panoramaschlacht, die von den auf den inneren Linien stehenden Mittelmächten und von der auf den äußeren Linien fechtenden Entente seit August 1916 ununterbrochen durchgeführt wird, so erscheint der Durchbruch am Isonzo als eine Durchbrechung des Zentrums der Entente, nachdem vorher der Ostflügel der Entente gelähmt wurde, während der deutsche Westflügel dauernd in der Verteidigung kämpft. Der Durchbruch am Isonzo ist daher viel mehr als die Niederlage der italienischen Armee und kann, wenn er vollends ausreift und darüber hinaus politisch ausgestaltet wird, das verwickelte Problem des Weltkrieges der europäischen Lösung näher bringen, ehe die diplomatische Führung des Krieges seitens der Entente völlig zu Amerika übergeht.

Die bisherigen Erfolge der Operationen würdigend, schreibt Siegemann: Noch nie ist ein Stoß tiefer und tödlicher in das Gefüge der großen Armee eingedrungen, als der von Tolmein über Cividale und Udine führende, der heute schon Udine erreichte. Nicht nur die Armee Capellos, sondern auch die dritte Armee des Herzogs von Aosta findet teils geschlagen, teils aus dem Stand gehoben, vom unteren Isonzo nach dem Westen, um nicht zwischen Udine und den Lagunen des Tagliamento abgeschnitten zu werden. Es ist ein beispielloser strategischer Zusammenbruch, größer als bei den Rumänen, da er die 2½-jährigen Anstrengungen der Italiener in 5 Tagen zunichte gemacht und das italienische Heer um die Grundlage des ganzen Feldzuges brachte. Es darf aber [illegible] werden, [illegible] durch die Verfügung der inneren Linien einem genommenen. Dazu sind seine Verluste an Menschen und Material viel zu groß und ist die Operationsfähigkeit Italiens im Bewegungskrieg großen Stiles zu gering. — Zu spät entschloß man sich in Paris, starke Kräfte nach Italien zu senden, um die strategische Lage wiederherzustellen, deren Brüchigkeit man kennen mußte. Die französischen Truppen, die seit Montag in ungeheizten Zügen nach Italien rollen, werden die klassischen Schlachtgefilde zwischen dem Garda-See und dem Tagliamento erst erreichen, wenn an dem Zusammenbruch des italienischen Feldzuges nichts mehr zu ändern ist, denn der italienische Feldzug konnte der Entente nur dann das Mindestmaß des realen strategischen Nutzens sichern, wenn Cadorna in der Angriffsstellung von Triest stand und die Straßen über Laibach nach Wien, sei es auch nur indirekt, bedrohte. Das ist nicht mehr der Fall. Der italienische Generalissimus muß froh sein, die Trümmer seiner Isonzo-Armeen hinter den Tagliamento zu retten und in einer großen Linie Venedig—Verona zu verteidigen. Nicht nur Cadorna, sondern auch Sarrail ist am Tolmeiner Brückenkopfe schwer getroffen. Die für ihn über Land geführten, durch Frankreich und Italien nach Griechenland laufenden Verbindungslinien sind heute von Zügen überlastet, die Hilfe am Tagliamento bringen sollen. Er steht mehr als je in der Luft. Der französische Kriegsrat erklärte, daß den Italienern jede Hilfe gewährt werden solle, die sich mit der Fortführung der Operationen in Frankreich vertrage. Nähme die französische Heeresleitung diesen Beschluß genau und handelte sie nach den besten strategischen Grundsätzen, so könnte sie keinen Mann und keine Kanone abgeben, denn sie kann den Durchbruch der italienischen Schlachtlinie nicht mehr wesentlich beeinflussen, wohl aber die Operationen ihres eigenen linken Flügels schädigen und hätte eher Anlaß, sich mit der Hoffnung zu trösten, daß die deutsch-österreichisch-ungarische Offensive sich in der venezianischen Ebene schließlich von selbst totläuft, als ihr verspätet mit starken Kräften entgegenzutreten. Es muß sehr schlimm um die Italiener stehen, wenn die klugen französischen Generale ihnen trotzdem zu Hilfe eilen.

*

Orlando vertraut auf die Armee und die Verbündeten.

Orlando, der neue Ministerpräsident, telegraphierte an Lloyd George und Painleve, daß das italienische Volk angesichts der ungeheuren Drohung stark bleibe und seine innere Widerstandskraft nicht erschüttern lassen werde im Vertrauen auf die Tapferkeit der Armee und auf die starke Einigkeit mit seinen Alliierten. Orlando telegraphierte weiter an Wilson bei Gelegenheit seines Amtsantritts und versicherte, daß Italien sein Vertrauen im Mißgeschick behalte. Kriegsminister Alfieri drückte Cadorna telegraphisch das Vertrauen der Regierung und des italienischen Volkes zu der Armee aus, die dem Lande selbst auf Kosten der größten Opfer den Platz, der ihm unter den Nationen gebührt, zu sichern wissen werde.

*

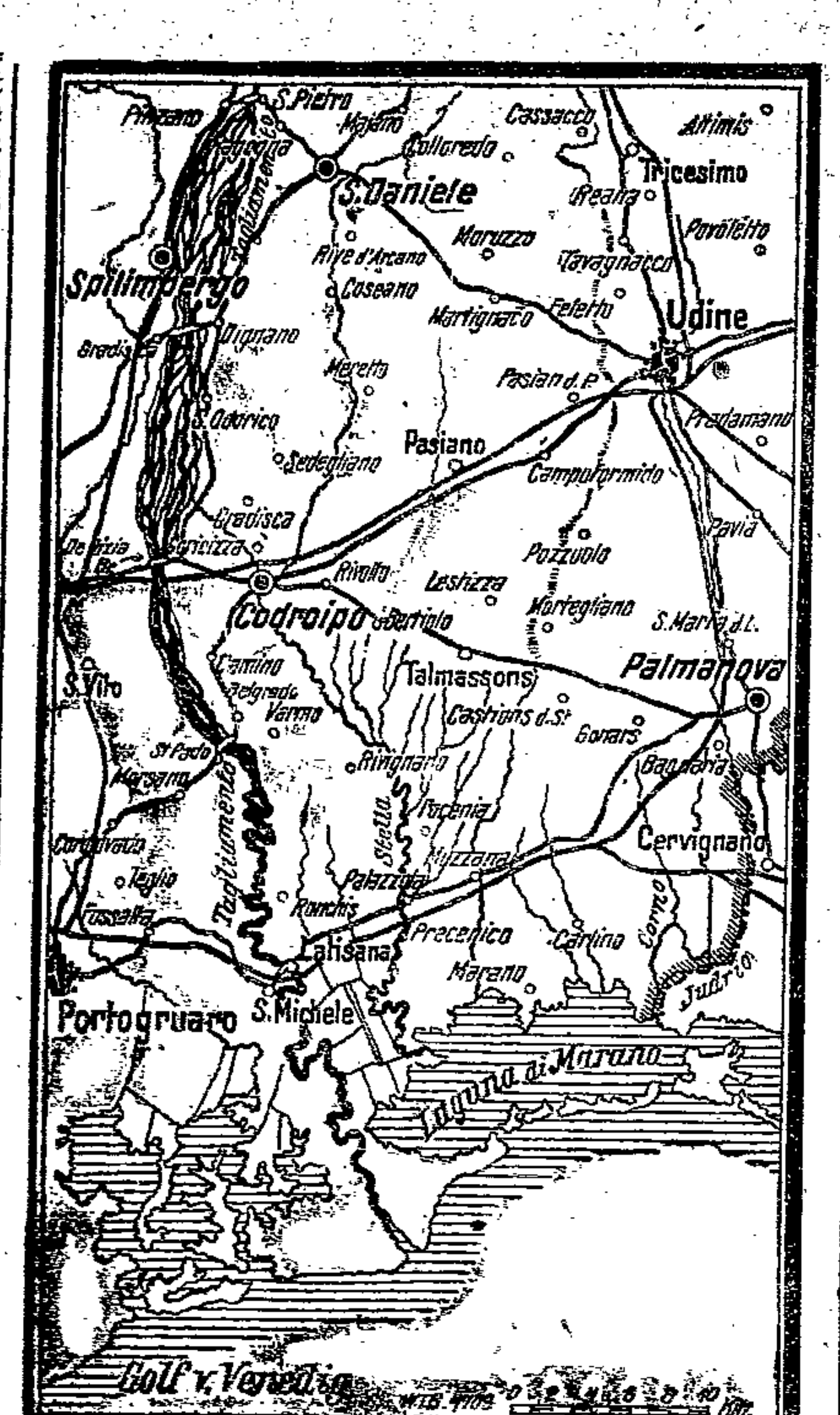
Italienischer Heeresbericht vom 31. Oktober.

Während des gestrigen Tages fanden Gefechte auf den Hügeln von San Daniele del Friuli, längs des Ledra-Kanals, bei Pasian Schiavonesco und bei Pozzuolo del Friuli statt. Der tapfere Widerstand unserer Deckungsabteilungen und unserer Kavallerie ermöglichte den anderen Truppen, ihre Bewegungen auf ihren neuen Aufmarschstellungen fortzusetzen.

Die Kriegslage.

In Flandern lag auf dem Großkampffelde, vor allem in der Gegend von Dixmuiden, starkes Feuer, das von nördlich Dixmuiden bis zum Südwestrand des Houthoulsterwaldes nachts anhielt. Am Nachmittag des 31. Oktober wurden aus Poelkapelle vorbrechende feindliche Kompagnien blutig abgewiesen. Desgleichen scheiterten unter hohen Feindverlusten die Angriffe größerer feindlicher Patrouillen, die nach starkem Trommelfeuer östlich Merkem vorgingen.

Im Artois und beiderseits von St. Quentin und nordöstlich Braye herrschte am Tage und teils während der Nacht starke Feuertätigkeit. Südlich Beaumont drangen unsere Stoßtrupps bis in die zweiten französischen Gräben vor, zerstörten feindliche Unterstände, fügten dem Feinde schwere Verluste zu und kehrten mit Gefangenen zurück. Zwischen Maas und Mosel wurden nach kurzer Feuervorbereitung vorstoßende stärkere feindliche Abteilungen [illegible] Thiaucourt [illegible] und Gefangene eingebracht.



Die Übergänge über den Tagliamento

Die Heeresberichte.

Berlin, 1. November, abends. (Amtlich.)

Im Westen und Osten keine wesentlichen Ereignisse.

Am Tagliamento wurde der auf dem Ostufer bei Pinzano und Latisana noch haltende Feind geworfen oder gefangen.

* * *

Wien, 1. November. (Amtlich.)

Italienischer Kriegsschauplatz.

Das Vordringen der Verbündeten in Oberitalien ist gestern durch einen neuen gewaltigen Erfolg gekrönt worden. Das Anstauen der zurückweichenden feindlichen Massen nordwestlich von Latisana bot der Führung Gelegenheit, starken italienischen Kräften durch Umfassung den Rückweg zu verlegen. Deutsche und österreichisch-ungarische Divisionen, die sich westlich von Udine dem Tagliamento näherten, wurden vom Norden angesetzt. Gleichzeitig stießen österreichisch-ungarische Kolonnen längs der Lagunen gegen Latisana vor. Zahlreiche, in vollste Verwirrung geratene italienische Verbände in der Gesamtstärke von 2 bis 3 Armeekorps wurden zum größten Teil abgeschnitten, in wenigen Stunden über 60 000 Mann gefangengenommen und mehrere 100 Geschütze erbeutet. Oesterreichisch-ungarische und deutsche Truppen stehen überall am unteren und mittleren Tagliamento. Vereinzelte Versuche des Feindes, im Mittellauf Brückenkopfstellungen zu behaupten, wurden durch ungesäumtes Zugreifen deutscher Regimenter vereitelt. Die im Gebiete des oberen Tagliamento vordringenden österreichisch-ungarischen Armeen überwinden gebirgsgewohnt in zähem Wollen alle Schwierigkeiten des Geländes. Solcher Art hat die 12. Isonzo-Schlacht in 8 Tagen zu einem über alles Maß glänzenden Erfolge geführt. Die österreichischen Küstenlande sind befreit. Weite Streifen venezianischen Bodens liegen hinter der Front der Verbündeten. Der Feind hat in einer Woche über 180 000 Mann an Gefangenen und 1500 Geschütze eingebüßt. Der große Sieg an den südwestlichen Toren der Monarchie ist eine neue unvergeßliche Kraftprobe der verbündeten Mächte und Völker, eine Kraftprobe, die eine stärkere Sprache reden wird, als alles, was in den letzten Wochen bei Freund und Feind über Gegenwart und Zukunft geredet und geschrieben worden ist.

Oestlicher Kriegsschauplatz und Albanien.

Nichts Neues.

*

Die gegnerischen Heeresberichte.

Französischer Heeresbericht vom 31. Oktober. Nördlich der Aisne und in der Gegend von Pinon Artillerietätigkeit. Die endgültige Zahl der von uns im Laufe der Offensive vom 23. bis 27. Oktober gemachten Gefangenen und erbeuteten Kanonen ist folgende: 11 157 Gefangene, darunter 237 Offiziere, und 180 Geschütze. Zwischen der Maas und Bezonvaux herrschte ziemlich heftiges Geschützfeuer während des Nachmittags.

Englischer Heeresbericht vom 31. Oktober: Die feindliche Artillerie zeigte sich während der Nacht an der Schlachtfront gegen die gestern genommenen Stellungen ziemlich tätig; es wurden keine Gegenangriffe gemacht. Von den übrigen Fronten nichts von Bedeutung.

Gestern und heute örtliche Unternehmungen an den von Ypern ausgehenden Eisenbahnen. Gestern wurden dabei 191 Gefangene, einschließlich dreier Offiziere, eingebracht. Heute eine erfolgreiche Streife nördlich Lens. Es wurden 40 Mann zu Gefangenen gemacht. An der Schlachtfront Geschützfeuer.

Frankreich und Belgien.

Das Unternehmen bei Bezonveaux.

Der kürzliche deutsche Erfolg am Chaume-Walde, wobei Oldenburger und Hanseaten sich auszeichneten, wurde jetzt noch vergrößert. Bewährte Gardetruppen stürmten die französischen Gräben am Vaux-Kreuz in 1200 Meter Breite und 360 Meter Tiefe. Nach wirksamer Vorbereitung durch Artillerie- und Minenfeuer brachen die tapferen Stoßtruppen in die feindlichen Linien ein, machten die sich wehrende Besatzung nieder und brachten über 200 Gefangene ein. Schwere und viele leichte Maschinengewehre fielen ihnen in die Hände. Die Franzosen versuchten in viermaligem Gegenangriff verzweifelt, die entrissenen Stücke wieder zu holen. Sie erreichten indessen nichts, sondern erlitten blutige Verluste.

Rußland.

Das Kesseltreiben gegen die Maximalisten.

Eine Meldung der Petersburger Telegr.-Agentur vom 31. Oktober besagt, daß hartnäckige Gerüchte über eine von den Maximalisten beabsichtigte bewaffnete Aktion gegen die Regierung in der Presse lebhaft besprochen würden, die in politischen Kreisen der Hauptstadt eine gewisse Unruhe erregten. Die meisten Zeitungen nähmen gegen diesen angeblichen Plan scharf Stellung. Auch Maxim Gorki bekämpfe in der „Nowoja Schisn“ die gesetzlosen Agitatoren, welche neuerlich verschiedene Bevölkerungsteile gegeneinander verhetzten und die Revolution in einem Blutmeer ertränken wollten. Gorki fordert den Hauptausschuß der Maximalisten auf, jenen aufregenden Gerüchten unzweideutig zu widersprechen. Politische, militärische und soziale Verbände nähmen rückhaltlos gegen jenen Plan der Maximalisten Stellung. Im Kriegsministerium gingen telegraphische Bitten von Regimentsausschüssen um die Erlaubnis, mit bewaffneter Hand gegen solche Verschwörung von Politikern im Hinterlande einschreiten zu dürfen, ein. Entschließungen in ähnlichem Sinne wurden vom Hauptausschuß der Flotte ... am Allgemeinen Kongreß der Vertreter der Stadtverwaltungen in Moskau gefaßt. Die Morgenblätter stellten fest, daß die Bevölkerung und die Arbeiter Petersburgs durchaus gegen jenen Plan seien.

*

Die Rede Tereschtschenkos,

die wir an anderer Stelle bringen, wird von der russischen Presse lebhaft besprochen.

„Iswestija“, das Organ des A.- und S.-Rates, meint, der Minister habe keine Antwort auf die Frage gegeben, die das russische Volk jetzt am meisten beschäftige, nämlich: Was tut die Regierung um den Frieden, der so glühend in Rußland und Deutschland herbeigesehnt wird, herbeizuführen? Die russische Demokratie sei bereit, jeden Kampf für die Befreiung der unterdrückten Nationen zu unterstützen, aber die Fortsetzung des Krieges bis zur Befreiung aller Völker Oesterreich-Ungarns bedeutet seine Fortsetzung in die Unendlichkeit. Die Regierung müsse sich dem Wunsche des russischen Volkes nähern, den Krieg beendigen und einen demokratischen Frieden schließen.

„Rabotschaja Gazetta“, das Organ der sozialistischen Arbeiterpartei, bemerkt, das Land habe von dem Minister eine Erklärung erwartet, wie er sich zur auswärtigen Politik Rußlands stelle, statt dessen hielt er einen Vortrag über die hauptsächlichsten Strömungen in Deutschland.

„Nowoja Shisn“, das Organ der Maximalisten, erklärt, die Rede Tereschtschenkos sei nicht genügend von friedliebendem Geiste durchdrungen, ohne den man nicht den irren Lauf Rußlands zum Abgrund aufhalten könne.

„Rietsch“ schreibt, der Minister habe wenigstens mehrere wichtige Erklärungen gemacht, nämlich, daß das Heil Rußlands in der Treue zu den Alliierten bestände und daß Rußland keine

Schmälerung seines Gebietes zugeben könnte und daß ein eisfreier Hafen im Baltischen Meere ihm unbedingt nötig sei.

„Nowoje Wremja“ sagt: Die Energie, mit der der Minister darauf bestanden habe, daß Rußland trotz allem eine Großmacht bleibe, lasse die Hoffnung zu, daß das Vaterland in seinen Interessen auf der Pariser Konferenz genügend geschützt würde.

Die „Börsenzeitung“ schreibt: Zum ersten Male seit 8 Monaten habe ein Vertreter des Kabinetts den Versuch gemacht, die Politik der verantwortlichen Regierung vor der der unverantwortlichen Demagogen zu trennen.

England.

Wenn nur England keinen Schaden erleidet.

„Nouvelle Correspondence“ meldet aus Rom, daß im Verlaufe des italienischen Rückzuges alle englischen Batterien in Sicherheit gebracht wurden.

Politische Rundschau.

Deutschland.

„Die staatsrechtliche Befugnis der sogenannten Reichstagsmehrheit.“

Mit dieser vielsagenden Ueberschrift versieht ein Jurist eine Arbeit, die in den „Hamburger Nachrichten“ veröffentlicht wurde. Der Verfasser, der leider seinen Namen schamhaft verschweigt, versucht den Nachweis, daß der Reichstag fortgesetzt seine Befugnisse überschreitet. Insbesondere soll der Reichstag nicht berechtigt sein, eine Einwirkung auf den Friedensschluß anzustreben oder auf die Abänderung des jetzigen Regierungssystems zu drängen. Dieser Jurist behauptet:

„Der Versuch, durch die Friedensnote-Entschließung vom 19. Juli dem Reichskanzler und dadurch auch dem Kaiser eine Anweisung über den künftigen Friedensschluß zu erteilen, ist daher gleichbedeutend mit dem Versuch einer Verfassungsänderung, mit der die Reichstagsmehrheit sich nicht nur dem Kaiser gegenüber, sondern auch gegenüber dem deutschen Volk, das diesen Reichstag nicht gewählt hat, außerhalb des Rechtes stellt. Nicht minder enthält die Parlamentarisierung einen unmittelbaren Angriff auf die Grundlagen der Reichsverfassung, zu dem die Abgeordneten nicht befugt sind, die aus eigener Machtvollkommenheit das Recht zur Vertretung des deutschen Volkes herleiten.“

Zu dieser Behauptung kommt er dadurch, daß er auseinandersetzt, daß der Reichstag selber seine Lebensdauer verlängert habe. Das ist natürlich Unsinn. Die Vorlage zur Verlängerung der Reichstags-Legislaturperiode ging von der Regierung aus, und der Reichstag mußte dazu seine verfassungsmäßige Zustimmung erteilen, weil jetzt während des Krieges die Vornahme von Reichstagswahlen auf eine ganze Reihe von Schwierigkeiten stößt, die man nicht unbeachtet lassen darf. Eine der Hauptschwierigkeiten ist bekanntlich die, daß die Millionen, die im Felde stehen, von der Teilnahme an der Wahl, die wieder auf fünf Jahre hinaus erfolgen müßte, vollkommen ausgeschlossen werden. Wenn allerdings die Dinge derat auf den Kopf gestellt werden, dann begreift man, daß der Verfasser es vorzieht, seinen Namen zu verschweigen, um nicht dem Fluch der Lächerlichkeit zu verfallen.

Weitere Erschwerung des Versammlungsrechts.

Unsere Versammlungs„freiheit“ ist ja gegenwärtig wirklich nicht mehr weit her, und doch werden immer noch weitere Einschränkungen gebracht. Jetzt hat z. B. der stellvertretende kommandierende General des 4. Armeekorps (Provinz Sachsen) bestimmt, daß Versammlungen nicht eher angezeigt werden dürfen, als die polizeiliche Genehmigung für die Versammlung selbst erteilt worden ist. Andernfalls kann auf Gefängnis bis zu einem Jahre oder auf Haft oder bis 1500 Mark Geldstrafe erkannt werden. Wenn also in Zukunft eine Gewerkschaft plötzlich eine Versammlung braucht — und plötzlich kommen Gewerkschaftsversammlungen meistenteils, besonders jetzt, weil die ihnen zugrunde liegenden Differenzen fast immer ebenso hervortreten, aber auch gleich wieder beseitigt werden sollen —, dann wird eine rechtzeitige Benachrichtigung der interessierten Arbeiter hiervon nur noch in den seltensten Fällen möglich sein. In Zukunft braucht gar keine Versammlung mehr verboten zu werden, es genügt einfach, ihre Genehmigung bis zum Tage der Abhaltung hinauszuzögern und sie ist ein- für allemal erledigt, wenn auch zehnmal eine Genehmigung vorliegt.

Im übrigen braucht wohl nicht noch besonders darauf hingewiesen zu werden, daß mit dieser neuen Verfügung eine Kontrolle der Oeffentlichkeit darüber, ob die Friedensfreunde oder die Vaterlandspartei mehr Versammlungen — genehmigt bekommen, und möglich gemacht worden ist

Spanien.

Die Kabinettskrise ist noch immer nicht beendet. Verschiedene Ministerpräsidenten-Kandidaten bemühten sich vergebens. Nun hat Maura den alles andere als ehrenvollen Auftrag übernommen. Ob mit Erfolg?

Die Herkunft der spanischen Kabinetskrise wird durch Meldungen spanischer Blätter deutlich gekennzeichnet. Danach hat sich der frühere Kriegsminister Primo de Rivera entgegen den Erklärungen des Ministerpräsidenten geäußert, daß sein Ausscheiden aus dem Kabinett keineswegs aus Gesundheitsrücksichten erfolge, sondern weil das Vorgehen der Offiziere der Verteidigungsliga im Widerspruche mit seinen Ueberzeugungen stehe und seitens der genannten Liga seinem Wirken als Kriegsminister ein offenkundiges Mißtrauen entgegengebracht wurde.

Seit der vor wenigen Tagen erfolgten Aufhebung der Pressezensur veröffentlichen die Blätter Aufsehen erregende Schriftstücke des Militärverteidigungsausschusses, die auf die künftige Gestaltung der politischen Verhältnisse von maßgebender Bedeutung zu sein scheinen, unter anderem Sitzungsbeschlüsse der Hauptverteidigungsliga der Infanterieoffiziere in Barcelona. Diese beschlossen, die ihr feindlich gesinnten Generale über ihr Vorgehen gegenüber der Offiziersliga zur Rechenschaft zu ziehen und gegebenenfalls deren Uebertritt in den Ruhestand zu bewirken. Ein Rundschreiben vom 13. Juli gibt über die Ursache der Entstehung der Liga, ihren Wirkungskreis und ihr Streben nach Vervollkommnung des herrschenden Regierungssystems Aufklärung. In einem Manifest vom 7. September wird gegen das politische Vorgehen der Regierung sowie gegen die bestehenden Zwangsmaßnahmen wie den Kriegszustand, die Aufhebung der verfassungsmäßigen Bürgschaften und die Handhabung der Pressezensur Stellung genommen.

Der amtliche Kriegsbericht.

WTB. Großes Hauptquartier, 2. Novbr. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht

Der Artilleriekampf in Flandern war gestern im Flußgebiet der Yser, insbesondere bei Dixmuiden stark. Zwischen dem Houthoulsterwald und der Lys lag lebhaftes englisches Störungsfeuer auf unserer Kampfzone.

Englische Erkundungsvorstöße scheiterten an mehreren Stellen der Front.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Am Oise-Aisne-Kanal hat längs des Rückens des Chemin des Dames die starke Kampftätigkeit der Artillerie bedeutend zugenommen. Nach mehrstündigem Trommelfeuer griffen starke französische Kräfte bei Braye an. Der Ansturm brach vor unseren Linien blutig zusammen.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Keine wichtigen Ereignisse.

Mazedonische Front.

Nordwestlich von Monastir wurde ein Vorstoß französischer Bataillone verlustreich abgeschlagen.

Italienische Front.

Längs des mittleren und unteren Tagliamento stehen unsere Armeen mit dem Feinde in Gefechtsfühlung.

Italienische Brigaden, die auf dem Ostufer des Flusses noch standhielten, wurden durch Angriffe zum Zurückgehen gezwungen oder gefangen.

Vom Fella-Tal bis zum Adriatischen Meer ist das linke Tagliamento-Ufer frei vom Feinde.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Freitag, 2. November.

Die Kriegsverlängerer. Es gibt unter den vielen deutschen Professoren einen, der Wach heißt. Der Mann heißt aber nicht nur so, er tut auch so, als ob er wach wäre. Ihm ist nämlich eine wichtige Entdeckung gelungen; er hat herausgefunden, wer die Kriegsverlängerer sind. Bisher glaubten viele, es wären die Maulhelden in allen kriegführenden Ländern, die durch wahnwitzige Vergewaltigungspläne immer wieder den Kriegswillen der unter der Last des blutigen Weltenwahnsinns seufzenden Völker aufpeitschen; sie, die auch heute, nach 3½ furchtbaren Kriegsjahren, der vielen von ihnen allerdings riesige Reichtümer gebracht hat, einen Verständigungsfrieden für verfrüht halten und die andere kämpfen und sterben lassen wollen bis zum Endsieg. Herr Wach weiß es anders. Die Kriegshetzer sind nicht die Kriegsverlängerer, sondern die — Sozialdemokraten. Diese Weisheit verkündet er bei Lehmann in München, dem Verlag der von kapitalschweren Hintermännern finanzierten alldeutschen Annexionsschriften. Die „Lübeckischen Anzeigen“ greifen begierig danach und bringen spaltenlange Artikel zum Abdruck, in denen Gehässigkeit und politisches Narrentum miteinander wetteifern. Einige Proben:

„Es muß offen ausgesprochen werden, daß hier Versäumnisse vorliegen, die ihre volle Erklärung auch in der Bethmannschen Schutzpolitik für den roten Internationalismus und in der Entnationalisierung gewisser staatlicher Machtmittel nicht finden können. Der Gedanke, daß durch die sozialistische und geheimsozialistische Politik der Krieg in unseligster Weise verlängert worden ist, ist viel zu wenig in den Vordergrund der öffentlichen Erörterung getreten. Ueber all das, was diese Politik bis heute getan und am Volke gesündigt hat, darf es immer und immer nur wieder eine Ueberschrift geben: Aus dem Lager der Kriegsverlängerer! Mit tausend Hämmern muß diese Wahrheit unserem Volke tagtäglich ins Gehirn gehämmert werden, wenn es gesunden soll, wenn es hinter dem roten Nebel die Wirklichkeit erkennen und sich freimachen soll aus der Führung, die unsere Arbeiter zu immer neuen Blutopfern und schließlich zu einem jammervollen Ende in Hunger und Elend, Tränen und Not „führt“. . . .

„Scheidemann sprach ja zu dem trotz des Krieges in Berlin noch weilenden Vertreter der „United Preß of America“ vom „Gesetze der Erschöpfung“, unter dem die Zeit nach einem Verständigungsfrieden stehen werde. „In diesem Zustand der Erschöpfung werde keine Macht den Sieg der Sozialdemokratie aufhalten können. Das ist ganz richtig. Leben und Schicksal der deutschen Arbeiter ist also gerade genug, um als Spekulationsobjekt zu einem negativen politischen Versuch mißbraucht zu werden. Deshalb erstrebt ja auch England diesen Zustand. . . .“

„Hätten sich überdies alle Parteien, alle Zeitungen freiwillig dazu verpflichtet, das Wort „Frieden“ nie als ein Begehren auch nur in den Mund zu nehmen — wir hätten heute Frieden, wir stünden zumindest nicht einer Welt von Feinden gegenüber, die wir uns durch die nachgiebige Schwäche eines politischen Dilettantismus, wie er in der Weltgeschichte unerhört ist, auf den Hals gezogen haben. Aber was gilt denn den Verzichtlern das eigene Volk! Ein notwendiges Uebel, neben dem eigenen (draußen allerdings reichlich verhöhnten!) internationalen Geltungsbedürfnis, allerhöchstens Mittel zu einem internationalen kapitalistischen Zweck! Wer für unser Volk eintritt, nicht mit verlogenen Bierbankphrasen, sondern mit der Wahrheit und der Tat, der ist „schwerindustriell“, „alldeutsch“ oder gar „konservativ“, und damit abgetan.“

Wir wollen es genug sein lassen mit diesen Beispielen politischer Giftmischerei, aus der obendrein blutigster politischer Dilettantismus spricht, der auf gänzlich urteilslose Bierbankpolitiker vielleicht wirken kann. Wenn große Worte auf die Gegner Eindruck machen würden, dann hätten uns die Heldenspieler vom Schlage des Herrn Wach allerdings schon längst den deutschen Frieden bringen müssen. So haben sie dem deutschen Volke den Haß des größten Teiles der Welt zugezogen. Sehr rührend ist die Sorge dieser Hetzer um die deutschen Arbeiter. Es sind nämlich dieselben Leute, welche die Arbeiter stets mit allen Mitteln daran zu verhindern suchten, ihre Lage zu verbessern, die nach Ausnahmegesetzen und hohen Strafen schrien, wenn die Arbeiter von ihrem Koalitionsrecht Gebrauch machen. Gegen den Inhalt der „Kriegsverlängerer“-Artikel zu polemisieren, ist nicht nötig. Man hängt solche Ausgeburten einer unsauberen Phantasie einfach niedriger. 10 000 Stück der Auslassungen des Herrn Wach sollen nach Mitteilung der „Lübeckischen Anzeigen“ als Sonderabdruck bereits bestellt sein. Die Kriegsgewinner können sich das ja leisten! Nur werden die Gefühle, die solche Schriften bei den Arbeitern erwecken, wesentlich andere sein, als die Annexionisten sie davon erhoffen. Die Arbeiter wissen ganz genau, daß es die wirklichen Kriegsverlängerer sind, die ihr Geld in solche Propaganda stecken.

wb. **Wo führt der Weg zum deutschen Frieden und zur deutschen Zukunft?** Diese Frage wurde gestern abend im Stadttheater von dem bekannten Schriftsteller Dr. Paul Rohrbach aus Berlin erörtert. Rohrbach ist der Meinung, daß der Krieg seinem Ende entgegengeht. Rußland stehe vor seiner politischen Auflösung. Es falle von selbst zusammen. Deutschland müsse nur die Selbständigkeit der Pufferstaaten Finnland, Kurland, Polen und Ukraine fördern, die sich dann sowieso auf Deutschland stützen müßten. Infolge des Gottesgerichts über Italien, das jetzt mitleidslos mit aller Schärfe angefaßt werden müsse, um den Zusammenbruch zu erleiden würde vielleicht vom Süden bald ein Friedensangebot zu erwarten sein. Und wenn Rußland und Italien ausscheiden, dann sei die Zeit nicht mehr allzufern, wo von England aus Friedensfühler ausgestreckt werden. Das englische Friedensangebot würde sicher — wie alles was von England ausgehe — geschickt aufgebaut sein. Es würde Zugeständnisse erhalten, vielleicht betr. der afrikanischen Kolonien und im Osten, aber es würde auch Forderungen enthalten, wahrscheinlich bezüglich Aegyptens und des Weges nach Indien. Dann heiße es für Deutschland Festigkeit zu zeigen. Redner ging ausführlich auf die Verhältnisse der einzelnen Länder ein. Frankreichs Ruin sei die Tatsache, daß es keine Volkszunahme mehr habe. Redner behauptete demgegenüber, daß Deutschland seine im Kriege verlorenen Menschen in 20 Jahren durch Geburtenüberschuß wieder ersetzt habe. Rohrbach ging dann ausführlich auf die Lage in England ein. In der Oberschicht, die aus etwa 20 000 Familien bestehe, bestehe zweifellos eine Friedensbereitschaft. Die Ursache liege in dem durch die Steuerpolitik von Lloyd George drohenden Vermögensverlust und in der Furcht vor der weiteren Demokratisierung. Lloyd George begegne immer mehr wachsenden Widerständen. Jedenfalls könne er ohne die Massen den Krieg nicht weiter führen. Daher das Liebäugeln mit der Arbeiterschaft, der Lloyd George versprochen hat, sie zur Herrschaft zu führen und die jetzt allen Ernstes auch eine Art Fabrikdemokratie einführen will, sodaß die Unternehmer selbst in ihren Betrieben nicht mehr tonangebend sind. Die Einkommensteuer in England sei viel höher als in Deutschland. Von den Kriegsgewinnen müssen 70 vom Hundert, von den Reedereigewinnen gar 80 vom Hundert an die Staatskasse abgeliefert werden. Und während wir Not hätten, unsere Anleihen aus Steuern zu verzinsen, decke England außerdem noch ein Fünftel der Kriegskosten durch Steuern. Geht Lloyd George auf diesem Wege weiter, würde die englische Oberschicht immer friedensgeneigter werden. Redner ging dann zu seinen Kriegszielen über. Deutschland sitze leider geographisch in einem Gefängnis und habe keine Rückenfreiheit. Sein Lebensnerv sei die Nordsee und der Kanal, durch die Rohstoffe hereinkommen und Fabrikate ausgeführt werden. Aber dort liege England als Sperrwall. Um dort Freiheit zu haben, brauchten wir eine größere Flotte als die englische. Und da das Wettrüsten nach dem Kriege nicht weitergehen kann, müßten wir einen Gegendruck auf den englischen Lebensnerv ausüben mit Hilfe unseres türkischen Bundesgenossen. Und zwar in der Linie Suez-Kanal—Indien. Die Türkei müsse unter allen Umständen bleiben wie sie ist. Sie kann uns dann aus Mesopotamien auch noch Baumwolle neben Getreide liefern. Die Hoffnung auf die U-Boote gegenüber England sei nicht aufrecht zu erhalten. Eines Tages würde sicher die Technik soweit sein, ein Gegenmittel zu finden. Vor allen Dingen sei es nötig, uns Rückenfreiheit zu Lande durch Beseitigung der russischen Gefahr in der eingangs geschilderten Weise und dann den Gegendruck im Orient gegen England zu schaffen. Gegenüber diesen Zielen müßten alle anderen zurücktreten. In diesem Sinne könne ein deutscher Friede erreicht werden. Nur nicht zu hastig damit.

So ungefähr waren die Auffassungen des Herrn Rohrbach, die er vor einem nicht sehr zahlreich erschienenen Publikum zu hohen Eintrittspreisen zum besten gab. Es kann nicht gesagt werden, daß er damit Begeisterung erweckte.

Zahlungen nach den besetzten Gebieten Frankreichs. Ueber die Begleichung von Schulden bei Einwohnern des besetzten Frankreichs durch Stadtscheine sowie über die Zulässigkeit von Zahlungen nach den besetzten Gebieten Frankreichs sind der Handelskammer vom Reichsamt des Innern nähere Mitteilungen zugegangen, die in der Kanzlei der Handelskammer, Breitestraße 6, zur Einsichtnahme ausliegen.

Elektroden für elektrische Oefen. Vom Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligung ist (mit Bezug auf die Ermächtigung auf Grund der Verordnung) die Ausfuhr von der Beschlagnahme freigegebener Sendungen von Elektroden für elektrische Oefen freizulassen, ein erweitertes Verzeichnis der ausländischen Elektroden-Empfänger herausgegeben worden, welches in der Kanzlei der Handelskammer, Breitestraße 6, zur Einsichtnahme ausliegt.

Für Besitzer von Pferden und sonstigen Beförderungsmitteln. Es sei daran erinnert, daß alle Halter von Pferden, Zugochsen, Kraftwagen und bespannbaren Fuhrwerken bis Montag, den 5. November, nachmittags 5 Uhr, dem Kriegsfuhramt (Haus A. Behn u. Sohn, Wahmstraße 43/45) ihre Beförderungsmittel auf amtlichem Vordruck einreichen müssen. Vordrucke sind beim Kriegsfuhramt zu erhalten.

Brühwürfel. Ueber Fleischbrühwürfel und deren Ersatzmittel hat der Stellvertreter des Reichskanzlers strenge Bestimmungen getroffen. Sie dürfen die Bezeichnung „Fleischbrühe“ oder eine gleichartige Bezeichnung wie Brühe, Kraftbrühe, Bouillon, Hühnerbrühe usw. ohne das Wort Ersatz nur unter bestimmten Bedingungen erhalten. Dazu gehört, daß sie aus Fleischextrakt oder eingedickter Fleischbrühe und aus Kochsalz mit Zusätzen von Fett oder Würzen oder Gemüseauszügen oder Gewürzen bestehen; ihr Gehalt an Gesamtkreatinin mindestens 0,45 Prozent und an Stickstoff mindestens 3 Prozent beträgt; ihr Kochsalzgehalt 65 Prozent nicht übersteigt; Zucker und Sirup jeder Art in ihrer Herstellung nicht verwendet worden sind. Dies gilt für alle Erzeugnisse in fester oder loser Form, die bestimmt sind, eine der Fleischbrühe ähnliche Zubereitung zum unmittelbaren Genuß oder zum Würzen von Suppen, Soßen, Gemüsen oder anderen Speisen zu liefern. Auch Ersatz darf gewerbsmäßig nur hergestellt, oder sonst in Verkehr gebracht werden, wenn sein Gehalt an Stickstoff mindestens 2 Prozent beträgt, der Kochsalzgehalt 70 Prozent nicht übersteigt, und Zucker und Sirup jeder Art zur Herstellung nicht verwendet worden sind. Der Inhalt darf ohne Packung nicht weniger als vier Gramm wiegen.

Wertzuwachs und Sachversicherung während des Krieges.

Wie auf allen Gebieten unseres öffentlichen Lebens, so hat auch auf dem Gebiete des Versicherungswesens der Krieg große Veränderungen mit sich gebracht. So eigenartig es auch klingen mag, so kann man doch mit Recht sagen, daß er auch den ärmsten Menschen ohne dessen Zutun reicher gemacht hat, indem er das Eigentum eines jeden Menschen im Werte gesteigert hat. Es gibt nämlich heutzutage keine Ware und keinen Gebrauchsgegenstand mehr, der nicht infolge des Mangels an Material und der höheren Arbeitslöhne eine Wertsteigerung erfahren hätte. Ob es sich um ein Haus handelt oder ein Stück Möbel, um einen Anzug oder um ein paar Stiefeln, um Lebensmittel oder um Feuerungsvorrat für den Winter, alles ist teurer geworden, und kein Gegenstand ist heut mehr zu dem alten Preise zu beschaffen. Geht er also verloren oder wird er durch Feuer vernichtet, so kann er, wenn überhaupt, doch nur unter Aufbietung höherer Unkosten wieder beschafft werden.

Diese Tatsache spielt eine sehr wichtige Rolle bei der Schadenregulierung einer Versicherung. Wer z. B. sein Gebäude, sein Inventar, seine Waren, sein Mobiliar usw. vor dem Kriege zusammen mit 5000 Mark versichert hatte und jetzt von einem Schadenfalle betroffen wird, würde arg enttäuscht über die auf Grund der Versicherungsbedingungen zustehende Entschädigungssumme sein, denn er hätte unbedingt eine Selbstversicherung zu tragen, weil der Wert des versicherten Gegenstandes am Tage des Schadenereignisses bedeutend höher war als zur Zeit der Versicherungsnahme, und weil die Wiederbeschaffung des Verlorenen bedeutend mehr kostet als früher. Die Wertsteigerung nimmt nun mit jedem Tage, den der Krieg noch dauert, und sicherlich auch noch einige Zeit darüber hinaus, zu. Es ist daher nur zu natürlich, daß vor allem die Hypothekengläubiger eine

darauf drängen, daß die von ihnen beliehenen Gebäude entsprechend ihrem gegenwärtigen Werte versichert werden. Aber auch der Privatmann hat ein lebhaftes Interesse daran, sein Haus höher zu versichern, und ein jeder Verein handelt vorsichtig, wenn er seine Gebäude und sein Inventar mit höheren Summen bei der Versicherung anmeldet.

Offenbar findet nach Lage der Sache jeder einzelne Mensch, er mag besitzen, was er will, seinen Vorteil darin, eine Nachversicherung seines Eigentums abzuschließen, um dadurch den frühe- Wert den heutigen Preisverhältnissen anzupassen. Besonders ist dies von Bedeutung, wo es sich um Mobiliar, Kleidungs- und Wäschestücke, Vorräte, Vieh usw. handelt. Leider ist die Notwendigkeit einer schleunigen Nachversicherung noch viel zu wenig in den Kreisen des Publikums erkannt worden. Die Leiter größerer Betriebe haben schon seit langem aus Selbstinteresse und Verantwortlichkeitsgefühl heraus die Versicherungssumme wesentlich erhöhen lassen, und es ist sicher, daß sie mit ihrer Versicherung der noch kommenden Preissteigerung systematisch folgen werden, aber zahlreiche Privatleute, besonders in Arbeiterkreisen, sind sich dieser Notwendigkeit noch nicht bewußt geworden. In den fortwährenden Sorgen des Krieges haben sie diesen wichtigen Punkt übersehen. Daher ist es Pflicht aller beteiligten Stellen, zumal der Presse, die Allgemeinheit hierüber aufzuklären, um die Versicherungsnehmer im Fall eines Versicherungsschadens vor Enttäuschung und wirtschaftlichen Nachteilen zu schützen. Es muß immer von neuem wieder darauf hingewiesen werden, daß es die Pflicht eines jeden Familienvaters, einer jeden Familienmutter ist, eine Nachversicherung abzuschließen und sich dadurch vor Schaden zu bewahren. Die paar Groschen Mehrkosten spielen keine Rolle, weil sie den Versicherten das Gefühl der Sicherheit verleihen und ihnen im Fall eines Verlustes eine ausreichende Entschädigung für das Verlorene geben.

Für die Mitglieder der Konsumvereine, die dem Zentralverbande deutscher Konsumvereine angehören, ist die Sache sehr einfach, da ihnen durch ihren Verein die Möglichkeit geboten wird, ihr Eigentum zu billigen Sätzen zu versichern und nachzuversichern. Die Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine hat mit leistungsfähigen Versicherungsgesellschaften Verträge abgeschlossen, die den Versicherten günstige Bedingungen stellen. Es kommt besonders die Versicherung gegen Feuer und Einbruch in Frage. Schon jetzt hat das genossenschaftliche Versicherungswesen einen großen Umfang angenommen, doch ist es noch einer bedeutenden Ausdehnung fähig, wenn alle Mitglieder ihre Pflicht und Schuldigkeit tun. Sie dienen dadurch nicht nur ihrem eigenen Interesse, sondern sie stärken auch gleichzeitig den Einfluß, den die Verlagsgesellschaft auf die beteiligten Versicherungsgesellschaften auszuüben vermag. Versäume darum niemand, so schnell wie möglich eine Nachversicherung durch den Konsumverein bewirken zu lassen.

Papiertag der Kriegsbrockensammlung. Der morgige Sonnabend ist Hauptablieferungstag für Altpapier. Die Sammelstelle Salzspeicher wird von morgens 9 bis mittags 1 Uhr und nachmittags von 3 bis 5 Uhr geöffnet sein. Jedes Kind, das Altpapier abliefert, darf sich an der „Polnischen Wirtschaft“ (neues Spiel) beteiligen und einen Wurf in das aufgestellte Kunterbunt tun. Wer 10 Pfund Papier und mehr abliefert, darf zweimal werfen. Es ist Vorsorge getroffen, daß bei diesem Spiel niemand zu kurz kommt. Es sei noch darauf hingewiesen, daß vollgeschriebene Schulhefte besonders erwünscht sind.

Hamburg. Für 11000 Mk. Aal in Dosen gestohlen. Aus dem Kühlhause in der Rosenstraße wurden 2140 Dosen von je 1 Pfund Aal in Gallert im Werte von 11 000 Mk. gestohlen.

Hadersleben. Von der Flut überrascht. Der Feldhüter von Hodding-Hörbro war zum Entenschießen an den Nordseestrand gegangen. Dabei ist er von Unwetter und Flut überrascht worden und ertrunken. Die Leiche trieb am nächsten Tage an.

Güstrow. Die Liberalen Mecklenburgs hielten hier am Sonntag eine Vertrauensmännerversammlung ab, in der folgende Entschließungen angenommen wurden: 1. Der Liberale Wahlverein beider Mecklenburg spricht der Reichstagsfraktion der Fortschrittlichen Volkspartei seine Anerkennung dafür aus, daß sie eine Politik getrieben hat deren Ziele ein baldiger ehrenvoller Friede und ein schleuniger freiheitlicher Ausbau des Reiches und der Einzelstaaten im Innern sind. Er weiß, daß sie sich von dem Gedanken leiten läßt: das Vaterland über die Partei! Der Liberale Wahlverein beider Mecklenburg bekennt sich zu dem Grundsatze: zur Verständigung mit verhandlungsgeneigten Gegnern bereit, zum rücksichtslosen Kampfe gegen eroberungsgierige Feinde fest entschlossen. Bei entschiedner Ablehnung jeder fremden Einmischung in innerdeutsche Angelegenheiten gibt der Liberale Wahlverein beider Mecklenburg der Ueberzeugung Ausdruck, daß die innere Neuordnung im Reiche und in den Bundesstaaten heute eine unaufschiebbare und dringliche Pflicht ist. Er muß es darum als unerhört bezeichnen, daß der mecklenburgischen Bevölkerung in völliger Verkennung der Zeitumstände noch immer die Beteiligung am staatlichen Leben ihres Heimatlandes vorenthalten wird. Er fordert die unverzügliche Einführung des allgemeinen, gleichen, unmittelbaren und geheimen Wahlrechts zum mecklenburgischen Landtag. Den kämpfenden Volksgenossen zu Lande, zu Wasser und in der Luft sendet der Liberale Wahlverein beider Mecklenburg die Grüße der Heimat in unauslöschlicher Dankbarkeit.

2. Der Liberale Wahlverein beider Mecklenburg legt Verwahrung ein gegen die Behauptung, die Fortschrittliche Volkspartei erstrebte einen Verzichtfrieden. Die Fortschrittliche Volkspartei erstrebt vielmehr gemeinsam mit den übrigen Mehrheitsparteien des Reichstages einen Frieden der Verständigung der Völker unter aller Aufrechterhaltung und möglichster Mehrung der Machtstellung des Deutschen Reiches. Eine Verlängerung des Krieges lediglich zu Eroberungszwecken lehnt sie jedoch ab. — Wenn die sogenannte Vaterlandspartei unter Entstellung der Wahrheit eine leidenschaftliche Agitation im Lande betreibt, so führt sie unter dem nationalen Deckmantel die Geschäfte der Reaktion, sucht eine freiheitliche Entwickelung der inneren Zustände in Reich und Staat zu verhindern und stiftet hierdurch unter Irreführung weiter Volkskreise Unfrieden im Volke. Wir aber treten unter Ablehnung der wirklichen Bestrebungen der sogenannten Vaterlandspartei für die Aufrechterhaltung der inneren Einheit und Geschlossenheit des ganzen deutschen Volkes, sowie für die Hebung und Förderung des deutschen Siegeswillens durch die Durchführung der unbedingt notwendigen freiheitlichen Umgestaltung unseres innerpolitischen Lebens ein. Wir wünschen die baldige Beendigung des furchtbaren Völkerringens durch einen ehrenvollen Frieden.

Rostock. In geistiger Umnachtung setzte der Pächter N. in Klein-Stresow seinem Leben ein Ende. Er wollte sich erschießen. Als man ihm das Gewehr abnahm, ergriff er blitzschnell ein Rasiermesser und schnitt sich damit die Kehle durch. — Vom Zuge überfahren und getötet wurde beim Bahnübergang in Altvalm die 54 Jahre alte Auguste Bülow aus Neustettin, als sie trotz des Herannahens des Zuges das Geleise überschritt. — Tod in der Dreschmaschine. In Neu-Käbelich geriet der beim Dreschen beschäftigte Schmied Fr. Dagsow mit dem Kopf in die Strohpresse des Dreschsatzes. Der Tod trat auf der Stelle ein, da das Schläfenbein eingedrückt wurde.

Theater und Musik.

Im Stadttheater führte man gestern abend anläßlich des 400jährigen Jubiläums der Reformation das Schauspiel „Luther auf der Wartburg“ von Friedrich Lienhard auf. Die neun Bilder, welche Lienhard auf die Bühne bringt, sind kein eigentliches Schauspiel. Ueber ihre Armut an wirklicher Handlung und lebendiger Kraft vermag auch diese oder jene dramatisch bewegte Szene nicht hinwegzutäuschen. Man erhält auch keinen tieferen Einblick in das Wesen und den Charakter einer Persönlichkeit, wie Luther es vielleicht nach der Anschauung Lienhards gewesen sein kann, sondern muß fürlieb nehmen mit einer Zeichnung, die in der Hauptsache die von der Schule her bekannten oberflächlichen Züge trägt. Von den Begleiterscheinungen der Reformation, den Bauernkriegen und dem Bildersturm, klingten nur leise Töne in Lienhards Schauspiel wieder. Und doch war gerade Luthers Haltung im Bauernkrieg sehr bezeichnend. Friedrich Engels schreibt darüber in seinem „Deutschen Bauernkrieg“:

„Als der Bauernkrieg losbrach und zwar in Gegenden, wo Fürsten und Adel größtenteils katholisch waren, suchte Luther eine vermittelnde Stellung einzunehmen. Er griff die Regierungen entschieden an. Sie seien schuld am Aufstand durch ihre Bedrückungen; nicht die Bauern setzten sich wider sie, sondern Gott selbst. Der Aufstand sei freilich auch ungöttlich und wider das Evangelium, hieß es auf der andern Seite. Schließlich riet er beiden Parteien, nachzugeben und sich gütlich zu vertragen.

Aber der Aufstand, trotz diesen wohlmeinenden Vermittlungsvorschlägen, dehnte sich rasch aus, ergriff sogar protestantische, von lutherischen Fürsten, Herren und Städten beherrschte Gegenden, und wuchs der bürgerlichen „besonnenen“ Reform rasch über den Kopf. In Luthers nächster Nähe, in Thüringen, schlug die entschiedenste Fraktion der Insurgenten unter Münzer ihr Hauptquartier auf. Noch ein paar Erfolge, und ganz Deutschland stand in Flammen, Luther war umzingelt, vielleicht als Verräter durch die Spieße gejagt und die bürgerliche Reform weggeschwemmt von der Sturmflut der bäuerisch-plebejischen Revolution. Da galt kein Besinnen mehr. Gegenüber der Revolution wurden alle alten Feindschaften vergessen; im Vergleich mit den Rotten der Bauern waren die Diener der römischen Sodoma unschuldige Lämmer, sanftmütige Kinder Gottes; und Bürger und Fürsten, Adel und Pfaffen, Luther und Papst verbanden sich „wider die mörderischen Räuber und Rotten der Bauern“. „Man soll sie zerschmeißen, würgen und stechen, heimlich und öffentlich, wer da kann, wie man einen tollen Hund totschlagen muß!“ schrie Luther. „Darum, liebe Herren, loset hie, rettet da, steche, schlage, würge sie, wer da kann, bleibst du darüber tot, wohl dir, seligeren Tod kannst du nimmermehr überkommen.“ Man sollte nur keine falsche Barmherzigkeit mit den Bauern haben. Die mengen sich selber unter die Aufrührerischen, die sich derer erbarmen, welcher sich Gott nicht erbarmt, sondern welche er gestraft und verderbet haben will. Nachher werden die Bauern selber Gott danken lernen, wenn sie die eine Kuh hergeben müssen, auf daß sie die andere in Frieden genießen können; und die Fürsten werden durch den Aufruhr erkennen, wes Geistes der Pöbel sei, der nur mit Gewalt zu regieren. „Der weise Mann sagt: cibus, onus et virgam asino, in einen Bauern gehört Haberstroh, sie hören nicht das Wort und sind unsinnig, so müssen die Virgam die Büchse hören und geschiehet ihnen recht. Bitten sollen wir für sie, daß sie gehorchen; wo nicht, gilt's hie nicht viel Erbarmens. Lasset nur die Büchsen unter sie sausen, sie machens sonst tausendmal ärger.“

Der Luther Lienhards ist, in Rücksicht auf den historischen Stoff, dem er entnommen ist, recht blaß geraten. Herr Puendter, der ihn gestern verkörperte, legte mehr Pathos in seine Worte, als mit der Natürlichkeit des Empfindens manchmal in Einklang zu bringen war. Er schien sich selbst daran zu berauschen, anstatt daß diese als der Ausdruck innerer Kraft erschienen. Den fanatischen Gottfried gab Herr Steinhofer leidenschaftlich und mitreißend. Gute Gestalten schufen die Herren Schweisguth (Kunibert), Wedding (Hellgrav), Deutschländer (Karlstadt) und Steinmann (Berlepsch). Den Damen sind keine größeren Aufgaben gestellt. Frl. Bern (Elisabeth), Frl. Koch (Ursula) und Frl. Brock (Muhme Lehne) fanden sich anerkennenswert damit ab. Herr Schweisguth hatte das Stück inszeniert und namentlich die geistlichen Dispute in Wittenberg lebensvoll herausgearbeitet. P. L.

Aus dem Gerichtssaal.

Eine Zahnarztrechnung von 60 000 Mark beschäftigte das Reichsgericht. Der bekannte Zahnarzt Professor Dr. Brandt hatte eine reiche Berliner Dame wegen einer Zahnfistel operieren müssen. Gleichzeitig ließ sich die Dame mehrere Gebisse anfertigen. Professor Dr. Brandt forderte für seine Hilfeleistung zuerst das ungewöhnlich hohe Honorar von **60 000 Mark**, ging aber dann auf 35 000 Mark herunter. Das Landgericht Berlin verurteilte mit der Begründung, daß **sittenwidrige Ausbeutung der Notlage eines Patienten** vorliege, den Zahnarzt zur Herausgabe von 20 000 Mark. Das Kammergericht wies in der Berufungsinstanz die Klage ab, jedoch hob das Reichsgericht in dritter Instanz das Urteil des Kammergerichts auf und verwies die Klage zurück an das Landgericht.

Die „Entschädigungsgelder“ des Proviantamtsdirektors. Wegen Annahme von Geschenken in amtlicher Eigenschaft und auch unter Verletzung der Amts- und Dienstpflicht stand der frühere Proviantamtsdirektor Louis Steinicke vor der Strafkammer Stettin. Die von ihm erlangten „Entschädigungen“ erreichten insgesamt die Höhe von **70 000 Mark.** Das Gericht erkannte auf zwei Jahre und sechs Monate Gefängnis unter Anrechnung von vier Monaten Untersuchungshaft, ferner auf Unfähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter für die Dauer von fünf Jahren.

Ein hartes Urteil. Bertha Thalheimer, die Schwester des bekannten früheren Parteiredakteurs in Göppingen und Braunschweig Dr. Thalheimer, ist vom Reichsgericht in Leipzig nach sechsmonatlicher Untersuchungshaft zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Der Reichsanwalt hatte vier Jahre Zuchthaus beantragt. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt. Gegenstand der Anklage bildete die Verbreitung zweier Spartakusbriefe und einiger gleichgerichteter Flugblätter. — Wir bedauern das harte Urteil, das uns außer jedem Verhältnis zur Straftat zu stehen scheint, aufs lebhafteste und hoffen, daß recht bald eine allgemeine politische Amnestie den Vollzug der Strafe beendet.

Neueste Nachrichten.

Hertling Reichskanzler.

Berlin, 2. November. Wolff sowie die Korrespondenz Hoffmann melden die Ernennung des Grafen Hertling zum Reichskanzler.

Berlin, 1. November. (Amtlich.) In der Biscaya und in der Nordsee wurden durch unsere U-Boote wiederum 2 Dampfer, 9 Segler und 2 Fischerfahrzeuge versenkt, darunter ein bewaffneter Dampfer mit Kartuschhülsen als Decksladung und ein Dampfer, der Kohlen von Shielde nach London geladen hatte; ferner der englische Schoner „Perzy B.“, anscheinend mit Petroleumladung, sowie die französischen Segler „Edouard Detaille“ mit 3000 Tonnen Weizen für Frankreich, „Bon Premier“ mit Rumladung, „Eugenie Fautrel“ mit 3000 Tonnen Getreide für Frankreich, „Mascotte“, „St. Pierre“, „Stella“ und „St. Antonie“.

Die letztgenannten vier Segler hatten Fische geladen.

Außerdem wurden die französischen Fischkutter „Gloire“ und „Jeune Mathilde“ vernichtet.

Ein anderer der versenkten Segler hatte Oel in Fässern an Bord.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Das schwere Wetter der letzten Zeit im Atlantic und in der Nordsee hat der Marine einen ihrer besten U-Boot-Kommandanten gekostet. Kapitänleutnant Schneider, welcher auf eine besonders erfolgreiche Tätigkeit als U-Boots-Kommandant zurückblicken konnte, wurde bei der letzten Fahrt seines U-Bootes durch eine Sturzsee über Bord gespült. Er konnte von der Mannschaft nur noch als Leiche geborgen und auf See begraben werden. Das U-Boot ist wohlbehalten zurückgekehrt. Außer dem englischen Linienschiff „Formidable“, das vom Kapitänleutnant Schneider am 1. Januar 1915 im Aermelkanal vernichtet wurde, hat dieser bewährte U-Boots-Kommandant 131 000 Brutto-Register-Tonnen Handelsschiffsraum versenkt.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Metallannahme des Polizeiamts.

Die Frist für die freiwillige Ablieferung der Einrichtungsgegenstände aus Kupfer und Kupferlegierungen ist wiederum verlängert worden. Der Zuschlag von 1 Mark für das kg wird weitergewährt bis zum Erscheinen der Enteignungsverordnung, die für die nächste Zeit zu erwarten ist.

Lübeck, den 1. November 1917. (3385

Das Polizeiamt.

Dienstag abend entschlief nach kurzer schwerer Krankheit auch unser lieber guter Vater (3390)

August Benthien.

Er folgte an seinem 62. Geburtstage unserer lieben Mutter nach 4 Tagen in die Ewigkeit.

Dies zeigen an in tiefer Trauer

Die Hinterbliebenen.

Schwartau.

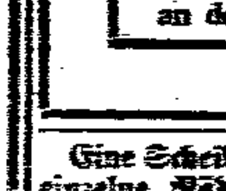
Beerdigung am Sonnabend nachmittag 2 Uhr von der Kapelle des Vorwerker Friedhofs aus.

J. H. Pein
Am Markt 12.
Breite Straße 64.

Beste Bezugsquelle für erstklassige
:: Manufakturwaren ::
Spezialhaus für Betten
Bettfedern u. Daunen
Herren- und Knaben-Garderob. Arbeiter- und Berufs-Kleidung.

HANSA-THEATER.
Sonnabend, 3. Novbr., abends 7 Uhr
Vortragsabend
Otto Ernst
Vortrag eigener Dichtungen.
Karten: Musikalienhandlung Kobert, „Holstenhaus“, Zigarrenhandlung Röhrich, Holstenstr. und an der Theaterkasse. (3388

Eine Scheibenschiebkarre und einzelne Räder zu verkaufen. Zu besehen nach 6 Uhr.
3382) Fünfhausen 9/4.



Taschenuhren
Schmucksachen
Verlobungsringe
Willi Westfehling
32 Holstenstrasse 32

Schweinegilde f. Lübeck
(Vorstadt St. Lorenz u. Umg.)
Versammlung
Sonntag, den 4. November
nachmittags 3½ Uhr
in der Hansa-Halle.
3381) Der Vorstand.

Guterhaltener Kinderwagen
von Kriegerfrau gesucht. Ang. unt. W S an die Exp. (3384

Großindustrie und Kriegswirkungen.
Von Richard Woldt.
Buchhdl. Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Rechnungs-Formulare
werden hergestellt in der
Buchdruckerei „Lüb. Volksbote“
Johannisstraße 46.

Hansa-Theater.
Freitag, den 2. November, abends 7 Uhr: (3383
Der Stabstrompeter.

Stadttheater. 3389
Freitag, den 2. Novbr. 1917
Anfang 6½ Uhr
Aïda.
Sonnabend, 3. November 1917:
Anfang 7 Uhr:
Luther a. d. Wartburg
Sonntag, den 4. Novbr. 1917:
Nachmittags 3 Uhr:
Jeder Platz 60 Pfg.,
Garderobengebühr 10 Pfg.:
Flachsmann als Erzieher
Komödie von Otto Ernst.
Verlosung der Plätze Freitag u. Sonnabend abend von 7¼ b. 8½ Uhr an der Theaterkasse.
Abends 7 Uhr:
Mignon.
Oper von A. Thomas.

Nr. 258
24. Jahrgang

Beilage zum Lübecker Volksboten

Freitag,
den 2. November 1917

Rußlands Kriegsziele und Friedensbedingungen.

Nach einem ausführlichen Bericht sagte der Minister des Auswärtigen, Terestschenko, im Vorparlament u. a. folgendes:

Die strategischen Erfolge Deutschlands seien für den Endsieg nicht entscheidend. Unbegründet sei die Furcht, die Alliierten könnten Rußlands Zerrüttung benutzen, um auf dieses Land das ganze Gewicht des Krieges abzuwälzen. Zwischen ihm und den Alliierten bestände kein Mißverständnis.

Deutschland tritt in Polen mit weit weniger Entschiedenheit auf als in Litauen und Kurland, die wirtschaftlich schwächer sind. **In Kurland hat Deutschland schon einen ins einzelne gehenden wirtschaftlichen Plan seiner Kolonisierung ausgearbeitet.** Aber hier muß Rußland fest erklären, daß es nicht dulden wird, daß es des Ausganges zum offenen Meere beraubt wird. (Lebhafter Beifall rechts, im Zentrum und auf einigen Bänken der Linken.) Demnach trachten die Pläne der sogenannten „Antiannexionisten" in Deutschland vor allem dahin, die Lebensinteressen Rußlands zu gefährden.

Was die wirtschaftlichen Interessen betrifft, so habe ich Ihnen bereits auseinandergesetzt, daß unser Feind und Nachbar Rußland als einen **vorteilhaften Markt für den Absatz seiner Erzeugnisse** betrachtet. Angesichts der gegenwärtigen Lage Rußlands kann nur die Wiederherstellung seiner zerrüteten Industrie das Land vor diesem Anschlag bewahren.

Wir müssen den Krieg in enger Uebereinstimmung mit unseren Bundesgenossen weiterführen und gleichzeitig zusammen mit ihnen im innigsten Zusammenhang die Fragen über Krieg und Frieden und eine tätigere Zusammenarbeit in diesem Kriege ausarbeiten. Das ist der Ursprung der

Pariser Konferenz,

die dem Abschluß ihrer Arbeiten nahe ist und deren Aufgabe von Lloyd George genau umrissen wurde. Ich habe daher nur hinzuzufügen, daß die Fragen der Verteidigung und der Einheit des Handelns auf ihr erörtert werden. Ferner werden sicherlich die Gesichtspunkte aufgestellt werden, die, wie Lloyd George erklärte, das **Ende des fürchterlichen Blutvergießens** in Umrissen erscheinen lassen werden.

Deutschland muß an die **deutschfeindliche Gesinnung seiner Alliierten** denken und an ihre Erschöpfung. Selbst in das deutschfreundliche Ungarn mußte Deutschland 100 000 Rekruten schicken, die dort ausgebildet wurden zu dem Zwecke die deutsche Herrschaft dort aufrecht zu erhalten, wo ihre Abschwächung gefühlt wird. Das Volk der russischen Demokratie kann nicht ohne Bewegung den Druck sehen, die **Deportationen und Hinrichtungen,** die gewisse Nationen ertragen müssen, welche ihre Unabhängigkeit zu erlangen trachten. Namentlich gilt dies für die in Oesterreich wachen Bestrebungen der slawischen Intellektuellen, die ihre Unterdrückung befürchten, besonders bei den Tschechen. Auch in Agram folgt Unruhe auf Unruhe, Aufstand auf Aufstand. Die Südslawen sind der Ansicht, daß dieser Krieg eine Lösung der Fragen bringen muß, die ihren Vorfahren gestellt waren. Sie können sich nicht versöhnen mit dem Gedanken einer Beraubung Serbiens, dessen Wiederherstellung ihnen unbedingt notwendig erscheint. (Beifall rechts.)

Rußland, sagte der Minister weiter, müsse auf der Pariser Konferenz eine Einheit darstellen. Die geplante Stockholmer Konferenz hätte dagegen als eine private Erörterung aufgefaßt werden müssen.

Unter anderem ist es merkwürdig, die russischen Anweisungen mit dem demokratischen **Programm** der **holländisch-skandinavischen Gruppe** zu vergleichen. Die alliierten Demokratien waren mißtrauisch, da sie fürchteten, daß dieses Programm nicht genügend die Interessen der Staaten der Entente betont. Ich begrüße die Anweisungen für den Vertreter der russischen Demokratie als den ersten Versuch, konkrete Formeln aufzustellen. Ich bin aber der Ansicht, daß dieser Versuch für Rußland kein allzu glücklicher ist. In der Tat sprechen die russischen Anweisungen vom **Rechte Polens, Litauens und der lettischen Gebiete,** über ihr Geschick zu verfügen, während die holländisch-skandinavischen Anweisungen sie mit Stillschweigen übergehen. Wenn wir indessen dieses Recht Polens als seine Unabhängigkeit auffassen, so muß dies auch für die beiden anderen Länder gelten. Hier scheint aber jedermann die Interessen Rußlands am Nordmeer zu verstehen. Unser Vaterland würde ohne einen eisfreien Hafen in die Zeiten Peters des Großen zurückgeworfen werden.

Es gibt abstrakte Formeln, die konkrete Folgen haben können; so läßt eine **vollkommene Abrüstung** eine politische Organisation zu, die ganz verschieden ist von der, in der diese Abrüstung nicht besteht. So ist die Neutralisierung der Meerengen und die unvollständige Ausrüstung auch eine Verletzung der russischen Interessen und bedeutet eine Rückkehr zur Lage der Dinge, die schlimmer ist als der Status quo ante. (Lebhafter Beifall.) Es wäre auch eine Ungerechtigkeit, **Rumänien** vom Meere abzuschneiden. (Lebhafter Beifall.)

Wir müssen auf der Pariser Konferenz eine Sprache führen, die auf den Frieden hinzielt, aber auf einen solchen, der den russischen Interessen Genugtuung schafft und die Unverletzlichkeit unseres Gebietes nebst der Möglichkeit sich **nach Süden und nach Norden zu entwickeln** fordert.

Die Bedingungen eines demokratischen Friedens

müssen die ganze Formel der russischen Demokratie enthalten. Um dieses Programm zu verwirklichen, muß die Regierung unsere militärischen Unglücksfälle und unsere schwierige innere Lage mit in Rechnung ziehen. Nichtsdestoweniger versichert die vorläufige Regierung entschieden, daß die Stimme Rußlands die einer Großmacht ist, auf die die Verbündeten wie zu den Zeiten hören, als Rußland militärisch stärker war, aber nicht die schwierigen Zeiten, die der ganzen Welt bekannt sind, durchmachte. Wir wollen, daß trotz der schwierigen Lage Rußland groß bleibt, so müssen wir es alle verteidigen und beweisen, daß wir Diener eines großen Ideals und Söhne einer großen Nation sind.

Die deutschen Imperialisten.

Terestschenko führte in seiner Rede noch aus: Es muß hier festgestellt werden, daß **die deutschen Begehrlichkeiten zwei Gruppen** bilden, nämlich die der **Annexionisten** und die der **Antiannexionisten.** Die erste richtete ihren Blick auf den Westen und die belgischen und französischen Kolonien. Die Gruppe, die die berühmte Parole vom „Drang nach dem Osten" prägte, erstrebt eine Vergrößerung Deutschlands nicht durch politische, sondern durch wirtschaftliche Eroberungen und weist Deutschland nach Osten, hin von Antwerpen bis Bassora und in der Richtung auf Rußland. Diese zweite Gruppe, die gegenwärtig das Uebergewicht hat, stellte diese Probleme auf, die zwar **imperialistisch, aber nicht annexionistisch (!)** genannt werden können. Frankreich, England, Amerika und Rußland besitzen keine eigentliche zivile Industrie mehr, während Deutschland sie behalten hat. Deutschland ist ein erzeugendes aber kapitalloses Land. Deshalb kann es nicht die Gebiete fruchtbar machen, die es kolonisiert hat, die daher für Deutschland nur Handelsmärkte sind, ungeheure Becken, in die es den Ueberfluß seiner Bevölkerung wirft. Diese Politik wendet Deutschland besonders Rußland gegenüber an, indem es uns von Westen her zu isolieren sucht, **aber nicht durch Annexionen,** sondern durch eine friedliche Trennung politischer Einheiten, die wirtschaftlich schwach sind und nach Deutschland hin gravitieren würden. So würde Deutschland einen Wall schaffen, der Rußland vom ganzen Westen abschneidet und die Drohung einer Vereinigung Rußlands mit den Westmächten beseitigt. So würde die **friedliche Durchdringung** unseres Landes mit deutschen Waren und Arbeitskräften erleichtert werden. Aus diesem Grunde legen nicht nur die Abgeordneten der **gemäßigten Parteien des Deutschen Reichstages,** sondern auch gewisse **Vertreter der sozialdemokratischen Mehrheitspartei** dem Problem der obenerwähnten Einheiten mit autonomer Politik besondere Bedeutung bei.

Nachdem Deutschland mehrere russische Gebiete besetzt hat, sucht es sie derart zu organisieren, daß sein Einfluß sich dort nach dem Kriege äußert und daß sie ihm als Stütze gegen Rußland dienen. Es wird irgendwo vielleicht damit Erfolg haben, aber im allgemeinen wird es einen Fehlschlag erleiden.

*

Die Rede des russischen Ministers wird nicht nur bei Rußlands Verbündeten, sondern auch bei den Staaten, die heute noch gezwungenermaßen Rußlands militärische Gegner sind, große Beachtung finden. Und da wird man bemerken, daß Terestschenko, in der Absicht, die kriegerische Koalition gegen die Mittelmächte aufrechtzuerhalten, vieles schildert, wie es nicht ist. In Oesterreich sind abscheuliche Dinge geschehen, aber diese Zeiten sind vorüber, und wenn erst der Krieg durch einen Verständigungsfrieden beendet wird, wird die Freiheit der Slawen Oesterreichs vollkommen gesichert sein. Die deutschen Annexionisten haben für die Eroberung russischer Gebiete Propaganda gemacht, aber diese Propaganda ist an der politischen Einsicht des deutschen Volkes, das einen Frieden ohne Vergewaltigungen will, gescheitert. Die Absicht dagegen, nach Rußland auch nach dem Kriege wie zuvor deutsche Produkte auszuführen und russische Erzeugnisse dafür in Deutschland einzuführen, besteht allerdings; bisher aber hat eine solche auf Herstellung guter Handelsbeziehungen gerichtete Absicht noch niemals als feindlicher „Anschlag" gegolten.

Umgekehrt ist es interessant, daß Terestschenko mit der Erhaltung Rußlands in seinem bisherigen Umfange noch nicht zufrieden ist, sondern weiter „Entwickelungsmöglichkeiten" für Rußland verlangt. Unter dem Mantel des demokratischen Revolutionärs guckt da der kadettisch-imperialistische Klauenfuß recht ungeniert hervor.

Was der Reichstag geleistet hat.

Verfassungsrechtliche Beschlüsse.

Bekanntlich hat der Reichstag am 30. März einen anderen Ausschuß für die Prüfung verfassungsrechtlicher Fragen, insbesondere der Zusammensetzung der Volksvertretung und ihres Verhältnisses zur Regierung gewählt und ihm die einschlägigen Anträge und Resolutionen überwiesen. Diese Anträge forderten u. a. die Einführung des allgemeinen gleichen, geheimen und unmittelbaren Wahlrechts für alle einzelstaatlichen Parlamente, Aufhebung der ersten Kammern und Schaffung einer konstitutionellen Staatsordnung in sämtlichen Bundesstaaten des Reiches, ferner die Erweiterung der Rechte des Reichstages bei der Verhandlung und dem Abschluß von Bündnissen, bei Kriegserklärungen und Friedensverträgen; ein dritter Antrag behandelte die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers, ein vierter forderte die Aufhebung des Belagerungszustandes und der Zensur. Dazu kommen noch eine ganze Reihe weiterer Anträge, die während der Ausschußverhandlungen selbst von seiner Mitgliedern gestellt wurden.

Der Verfassungsausschuß hat nun seinen ersten Bericht erstattet. Danach hat er zunächst die Anträge auf Abänderung der Reichsverfassung verhandelt. Die Konservativen versuchten durchzusetzen, daß Verfassungsänderungen allgemein während des Krieges unterblieben, aber die Mehrheit ließ ihre Einwendungen nicht gelten und bestand auf der Erledigung der dringenden Verfassungsfragen.

Wie bekannt, hat der Verfassungsausschuß sich nicht entschlossen, im Sinne namentlich der sozialdemokratischen Anträge auf der ganzen Linie freie Bahn zu schaffen. Immerhin hat der Ausschuß eine Reihe wichtiger Reformanträge zu Beschlüssen erhoben. Er hat zunächst vom Reichskanzler einen Gesetzentwurf gefordert, durch den die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers wegen Verletzung seiner Amtspflicht und die Feststellung dieser Verantwortlichkeit durch den Staatsgerichtshof geregelt wird. Einen weiteren Schritt auf dem Wege zur Parlamentarisierung bedeutet die Aenderung des Artikels 9 der Reichsverfassung. Danach sollen die Bundesratsmitglieder das Recht erhalten, auf Verlangen jederzeit zu den Verhandlungsgegenständen gehört zu werden, um die Ansichten ihrer Regierung zu vertreten, auch dann wenn diese von der Mehrheit des Bundesrats nicht angenommen worden sind.

Fiat justitia!

Von Th. Mügge.

16. Fortsetzung.

Diese letzte Aeußerung war unglücklich gewählt. Der König warf wütend den Kopf auf und schrie mit größter Heftigkeit: Was Er sagt, verstärkt das Verbrechen. Habe ich nicht in meinem Mandat anbefohlen, daß Trunkenheit die Strafe verschärfen soll? Anstatt des Schwertes soll alsdann der Galgen, statt des Galgens das Rad zuerkannt werden. Ich muß das Land von solcher Barbarei befreien, ich würde sonst nicht vor Gottes Thron treten können, aber ich wollte, setzte er leiser hinzu, indem er seinen Kopf sinken ließ, seine Hände auf den Rücken legte und wieder zu gehen anfing — ich wollte, der Major wäre davongelaufen, wie manche andere, die sich nach Sachsen geflüchtet haben.

Der Major wollte nicht entfliehen, erwiderte der Minister, weil er milde und gerechte Richter zu finden hofft, die bedenken werden, wie schwer er gereizt und beschimpft wurde.

Es soll ein Kriegsgericht gehalten werden! sagte der König. Sofort soll es zusammentreten. Ich will sehen, ob mein Gesetz beachtet wird. Derschau soll kommen. Geh Er an seine Geschäfte. Ich werde Ihm meine Befehle schicken.

Am späten Abend begab sich Herr von Katsch wiederum zu dem einsamen Hause auf der Friedrichsstadt, und auf sein Klopfen wurde ihm sogleich geöffnet.

Wie geht es — der gnädigen Frau? fragte er den demütigen Wirt, der ihn mit scheuen Blicken empfing.

Ach, allergnädigster Herr, erwiderte der Weber, sie — sie weiß schon alles. Der Herr Major hat von der Hauptwache geschrieben.

Die Mienen des Ministers verdüsterten sich, ehe er jedoch seinen Unwillen äußern konnte, eilte Agathe von Neuendorf die Treppe hinab ihm entgegen, und er sah in ein von Hoffnung und Erwartung belebtes Gesicht.

Ich danke Ihnen, gnädiger Herr, daß Sie zu mir kommen, ich erwartete es von Ihrer Güte, sagte sie. Es ist ein großes Unglück geschehen, aber Georg ist unschuldig. O, ich weiß, auch Sie werden ihn nicht schuldig finden.

Beruhigen Sie sich, erwiderte der Minister, wir wollen das Beste hoffen.

Er begleitete sie in ihr Zimmer und setzte seine Tröstungen dort fort. Immer aber wäre es besser gewesen, setzte er dann hinzu, wenn der Major den Rat seiner Freunde befolgt hätte und entflohen wäre.

Daran hinderten Sie ihn, fiel Agathe lächelnd ein.

O, sagte Herr von Katsch, er hätte es dennoch ausführen können, er würde wenig Widerstand gefunden haben. Ich kam zur unglücklichen Zeit. Ich wollte mit dem Major in Ihrem Interesse sprechen, wollte ihm meinen besten Rat erteilen.

Wie gut Sie sind! rief die schöne Frau, ihn dankbar anblikkend, indem sie eine seiner schmalen kalten Hände an ihre Lippen drücken wollte. Ach! wir haben beide viel gut zu machen, ich sowohl wie Georg. Er warnt mich vor Ihnen in seinem Briefe, nennt Sie seinen Feind und Verfolger. Er kennt Sie nicht, auch ich habe Sie nicht gekannt. Sie sind unser Beschützer, unser Freund!

Der Minister konnte seine Bewegung nicht ganz verbergen. So hartgesotten er war, rührte sich sein Gewissen. Er dachte daran, daß er den Major gestern aufsuchte, um ihn zu bewegen, diese Frau zu verstoßen, die ihn Freund und Schützer nannte und seine Hände, welche er einst gegen ihren Vater erhoben, küssen wollte. Seien Sie ruhig, sagte er, ich will all meinen Einfluß anwenden, um dem Major Pardon zu verschaffen.

Wer kann ihn verurteilen? fragte sie erregt. Wo ist ein Mann von Ehre, der solche Beschimpfungen ertragen könnte? Dieser Elende hat ihn gezwungen, den Degen zu seiner Verteidigung zu ziehen; geschah es nicht, würde er ihn durchbohrt haben.

Das Kriegsgericht kennt alle Umstände, versicherte der Minister. Es besteht aus Männern, die den Major gewiß zu retten suchen, wenn sie ihn auch nicht von aller Strafe freisprechen können.

Glauben Sie das? fragte sie erbleichend.

Ich halte es für das beste, sagte Herr von Katsch, wenn es nicht geschieht. Mein liebes Kind, der König weiß von Ihrer Heirat, und wenn dies Duell nicht so unerwartet dazwischen gekommen wäre, gäbe es kein Mittel Sie zu retten, als schnelle Flucht.

Ich würde nicht entflohen sein!

Sie würden meinen Rat befolgt haben, erwiderte er kalt. Jetzt hat sich alles geändert, ich rate Ihnen zu bleiben, doch bewahren Sie die tiefste Verborgenheit. Versprechen Sie mir das.

Gerne, sagte sie, denn auch Georg befiehlt mir, mich zu verbergen und abzuwarten, was mit ihm geschieht. Sein Wille muß geschehen.

Sie sind eine gehorsame Frau, lächelte Herr von Katsch, aber gewiß auch eine verständige. Der König darf durch nichts an Sie erinnert werden. Die wichtigere Angelegenheit des Majors hat jetzt die minder wichtigere zur Seite gedrängt; entscheidet sich sein Schicksal, wie ich es wünsche und hoffe, so wird dies unglückliche Duell vielleicht von Ihnen zu segnen sein.

Sie hoffen also, daß Georg freigesprochen wird?

Ich hoffe, daß er drei bis vier Jahre ins Gefängnis gesetzt wird.

Mein Gott! schrie Agathe, ihre Augen mit ihren Händen bedeckend.

Natürlich wird er auch als Offizier kassiert, doch nicht ehrlos und seines Adels, wie seiner Güter nicht verlustig erklärt werden, wenn seine Einkünfte ihm auch während der Gefangenschaft entzogen bleiben.

O, ich will für ihn arbeiten! rief sie erregt. Aber Georg gefangen, drei, vier Jahre sagen Sie? Das ist schrecklich! das ist eine Ewigkeit! — Ich kann es nicht ertragen! Er wird krank werden und sterben.

Sie werden es ertragen, und er wird nicht sterben, fuhr der Minister unerschütterlich fort. Das Gefängnis wird sich öffnen, es geht alles vorüber auf Erden, alle Qualen und Schmerzen, wie alle Freuden und alles Glück des Lebens. Er wird dann aber das blonde Fräulein von Hake nicht zu heiraten brauchen, er wird in Ihre Arme eilen, und Sie werden die Zeit der Trennung und des Kummers vergessen. Sie werden in Frieden auf dem entfernten Landgute wohnen und Ihre Ehe ohne Gefahr veröffentlichen können.

Sie zeigen mir eine freudige Zukunft, damit ich die entsetzliche Gegenwart vergesse, erwiderte Agathe traurig lächelnd. Lieber Gott! wie ist es denn möglich! Nein! o, nein! so hartherzig können die Richter nicht urteilen. Drei, vier Jahre ohne ihn! Wie entsetzlich, ewig lang ist mir dieser eine Tag geworden.

Die blassen Lippen des Generalauditeurs zuckten bei dieser Liebesklage. Er hatte so viele Urteile ausgesprochen, die auf ewige Trennung von allem, was ein Menschenherz liebt, lauteten; er hatte so viele Szenen voll wilden und trostlosen Jammers gesehen, und dennoch war in den Wehelauten dieser jungen Frau etwas, das ihn rührte — ihre Unwissenheit, ihre Gläubigkeit und ihr kindliches Lieben und Empfinden. — Wenn man krank wird, sagte er, und der Arzt dem Patienten mitteilt, daß er Wochen oder Monate lang im Bette liegen müsse, glaubt dieser auch nicht, daß er aushalten könne. Ein Tag scheint ihm unerträglich, aber Tag reiht sich an Tag, Woche an Woche, vielleicht endlich Jahr an Jahr. Man erträgt alles, selbst das Fürchterlichste, mein Kind, sobald man sich daran gewöhnt hat.

Sie schüttelte den Kopf. Daran werde ich mich niemals gewöhnen, o, niemals! Und warum soll Georg so unschuldig leiden?

Vergessen Sie nicht, daß der Major ein Kapitalverbrechen begangen hat, sagte der Minister.

Es ist ein Kapitalverbrechen?

Ein Verbrechen, auf welches der Tod steht.

Sie sah ihn starr an, ein Lächeln irrte über ihr Gesicht.

Der Major von Damitz und verschiedene andere Offiziere wurden trotz aller Bitten hoher Personen nicht begnadigt. Die Königin selbst —

Herr des Himmels! flüsterte Agathe, ihre Hände faltend. Ist das wahr?

(Fortsetzung folgt.)

Das Rederecht der Bundesratsmitglieder ist dadurch eingeschränkt, insofern sie nicht mehr jederzeit zu jedem beliebigen Gegenstand gehört werden müssen, andererseits aber erweitert, weil eine Minderheit des Bundesrats nunmehr direkt an den Reichstag zu appellieren vermag. Der zweite Absatz des Artikels 9, der die gleichzeitige Bekleidung eines Mandats zum Bundesrat und Reichstag verbietet, soll gestrichen werden. Dem Reichskanzler und den Staatssekretären soll die bisherige unbeschränkte Redefreiheit aller Bundesratsmitglieder durch folgenden neuen Absatz zu Artikel 15 gewahrt bleiben

„Der Reichskanzler und seine Stellvertreter haben das Recht, im Reichstag auch außerhalb der Tagesordnung jederzeit das Wort zu ergreifen."

Wichtig sind auch die Aenderungen im Artikel 17, durch die dieser Absatz folgende Fassung erhalten soll:

„Die Anordnungen und Verfügungen des Kaisers werden im Namen des Reichs erlassen und bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung des Reichskanzlers oder seiner Stellvertreter, welche dadurch die Verantwortlichkeit gegenüber dem Bundesrat und dem Reichstage übernehmen."

Es wird damit festgelegt, daß die Verantwortlichkeit der Reichsregierung nicht eine solche vor Gott und den Bundesregierungen, sondern auch eine solche vor dem Reichstage ist. Ein weiterer Beschluß des Verfassungsausschusses will die Möglichkeit von Geheimsitzungen schaffen. Artikel 22, Absatz 1 soll zu dem bisherigen Wortlaut: „Die Verhandlungen des Reichstages sind öffentlich" den Zusatz erhalten: „Erörterungen über Beziehungen des Reiches zu auswärtigen Staaten können in nicht öffentlicher Sitzung stattfinden."

Dem Artikel 26 soll ein neuer Absatz hinzugefügt werden, nachdem es während der Dauer eines vom Deutschen Reiche geführten Krieges zur Schließung oder Vertagung des Reichstages in allen Fällen seiner Zustimmung bedarf.

Eine fernere Erweiterung der Befugnisse des Reichstages soll die sein, daß er in Zukunft die Wahlprüfungen selbst durchführt. In Artikel 27 soll bestimmt werden, daß der Reichstag in Wahlprüfungssachen unmittelbare Auskunft von den Staatsbehörden verlangen und die Amtsgerichte um Zeugenvernehmungen auch eidliche, ersuchen kann.

Die Befugnisse des Reichstagspräsidenten werden dahin neu geregelt, daß ihm nicht nur die Reichstagsverwaltung untersteht, sondern daß er auch den Reichsfiskus in Rechtsgeschäften und Rechtsstreitigkeiten vertreten darf, welche die Verwaltung des Reichstages betreffen; die Geschäftsführung des Präsidenten für die Verwaltung und die laufenden Geschäfte des Hauses sowie die Vorbereitung der nächsten Session soll bis zum Wiederzusammentritt des Reichstages fortdauern.

Endlich soll die Unverletzlichkeit der Reichstagsabgeordneten wesentlich verstärkt werden. Artikel 31 soll dahin abgeändert werden, daß künftig zu jeder die Ausübung des Abgeordnetenberufs beeinträchtigenden Beschränkung der persönlichen Freiheit die Genehmigung des Reichstages erforderlich sein soll. Auf Verlangen des Reichstages soll nicht nur jedes Strafverfahren gegen ein Reichstagsmitglied, sondern auch jede Haft und sonstige Beschränkung der persönlichen Freiheit für die Dauer der Sitzungsperiode aufgehoben werden.

Endlich soll dem Artikel 71 ein Satz hinzugefügt werden, wonach die Bewilligung der Besoldungen und sonstigen Gebührnisse für Heer und Kriegsmarine im Frieden und im Kriege nur auf Grund der reichsgesetzlichen Vorschriften erfolgt.

Das ist eine ganze Liste von Beschlüssen, welche die politische Tätigkeit und den politischen Einfluß des Reichsparlaments gegen willkürliche Beeinträchtigungen zu schützen geeignet sind. Nimmt man hinzu, daß schon in einem früheren Bericht des Verfassungsausschusses die Beschlüsse über Neueinteilung der größten Wahlkreise enthalten waren, so ergibt sich das Bild zwar nicht einer grundsätzlichen Umwälzung aber einer einheitlichen Fortbildung der Reichsverfassung. Auch das Vorstreben des gleichen Wahlrechts für Preußen ist bekanntlich zu einem Teil auf das Drängen des Verfassungsausschusses zurückzuführen. So hat der Verfassungsausschuß, wenn er auch nicht alle hochfliegenden Hoffnungen erfüllt hat, doch wichtige und anerkennenswerte Arbeit vollbracht. Es unterliegt keinem Zweifel, daß in der Wintertagung diese Kommissionsbeschlüsse die Genehmigung des gesamten Reichstags finden werden. Dann wird auch die Regierung nicht lange säumen dürfen, einen erheblichen Teil der Reichstagswünsche zu erfüllen.

Die Verfassungsfragen sind im Reichstag noch nicht so weit gefördert worden wie die sozialpolitischen Beschlüsse, die für den Augenblick dringender waren und keinen Aufschub auch nur um Wochen duldeten. Auf beiden Gebieten sind auch die Beschlüsse nicht entfernt befriedigend genug, es bleibt noch sehr viel zu tun. Aber ganz verkehrt wäre es, die Durchsetzung aller dieser Fortschritte, bei denen ja die Sozialdemokratie führend und treibend die erste Rolle spielte, als nichtssagend und bedeutungslos hinzustellen. Es sind Mehrheiten für Forderungen gebildet worden, vor denen sich die bürgerlichen Parteien noch vor einigen Monaten bekreuzigten, und wenn nicht alles täuscht, werden in kurzer Frist Fortschritte erzielt sein, um jeden einzelnen von denen in Friedenszeiten jahrelang hätte gekämpft werden müssen.

Für Freiheit und Vaterland.

Der christlich-nationale Arbeiterkongreß, der in Berlin seine vierte Tagung abhielt, darf von den Interessenten der Arbeiterbewegung nicht übersehen werden. Zwar die christlichen Gewerkschaften zählen gegenwärtig nur rund 400 000 Mitglieder, doch sie sind Kern und Stütze der ganzen Bewegung; ihr Gefolge an Staatsarbeitnehmervereinigungen und Angestelltenverbänden ist immerhin sehr stark.

Die christlich-nationale Arbeiterbewegung ist deshalb auch von Regierung und Bürgertum stets sehr hoffen worden. Niemals so stark wie heute! Wohl alle Regierungsämter und alle bürgerlichen Parteien hatten Vertretungen entsandt. Neben dem Leiter des Kriegsamtes General Scheüch, der berichtete, daß die oberste Heeresleitung ihm heute auf die Frage nach dem Stande der Ostsee-Offensive die kurze aber bezeichnende Antwort gegeben habe: „Glänzend!" und der mahnte, daß jede Stunde Zeitversäumnis der Arbeiter Sünde am gemeinsamen Vaterlande sei, führte für die Regierung das Wort sein elsaßischer Landsmann Dr. Rudolf Schwander, der neue Leiter des Reichswirtschaftsamtes.

Schwander huldigte zunächst der deutschen Arbeiter- und Angestelltenschaft, die im dreijährigen Kampf um den heimatlichen Boden und die deutsche Ehre sich glänzend bewährt habe nicht nur draußen als Kämpfer mit der Waffe, sondern auch im Dienste der Heimatfront, in der Werkstatt, im Bureau, in der Grube, in der Fabrik. „Und unser Vertrauen, daß sie auch in der Zukunft nicht lässig und müde sein wird, ist tief begründet und unerschütterlich. Die Zukunft bedarf auch ihrer aufopferungsvollen Mithilfe auf das dringendste." Schwander wollte nicht bei dieser Gelegenheit sein sozialpolitisches Programm entwickeln, aber er wollte sich doch die Bemerkung, das Tempo der deutschen Sozialpolitik sei zu rasch gewesen, durch den Krieg vollkommen widerlegt sei, die innere Kraft eines modernen Staatswesens bestimme sich nach dem Stande seiner sozialpolitischen Einrichtungen. Demnach müsse das Arbeiterrecht frei von unnötigen Hemmungen ausgebaut, Arbeitern und Angestellten die Mitwirkung und Vertretung im Staatsleben zuerkannt werden, die andere Berufsstände bereits hätten, und es müssen überhaupt alle Folgerungen aus der Tatsache gezogen werden, daß man während des Krieges die Mitarbeit der Berufsverbände aller Art hoch einzuschätzen gelernt habe und sie auch für den kommenden Wiederaufbau und die höhere Friedensarbeit nicht entbehren wolle noch könne.

Es ist begreiflich, daß diese Erklärung lebhaften Beifall fand. — Nach den Regierungsvertretern begrüßen die Abgesandten der Reichstagsfraktionen den Kongreß. Welcher Teufel den Grafen Westarp geritten hatte, auf eine Arbeitertagung zu kommen, können wir uns nicht ausdenken. Sollte er etwa gar geglaubt haben, mit der Versicherung, daß die konservative Partei eine Volkspartei sein wolle, welche die Interessen aller Berufe und Stände gerecht abwäge, und mit einigen hurrapatriotischen Redewendungen viel Stimmung für seine Parteifreunde zu machen, so hat er sich furchtbar geirrt. Denn für den ganzen Rest der Sitzung vergingen keine fünf Minuten, ohne daß der Graf Westarp einen kräftigen Hieb abbekommen hätte. Sofort nach ihm stand der christlich-soziale Mumm auf und feierte — — den früheren Reichskanzler von Bethmann-Hollweg, der sich das rechte Verständnis für Arbeiterfragen allmählich angeeignet hätte. Dann kam der Zentrumsvertreter Dr. Pieper und meinte, wenn man von Volkspartei rede, müsse die unbedingte Gleichheit des politischen Rechts erste Voraussetzung und glatte Selbstverständlichkeit sein. Und so ging die Rede fort.

Aber nun gar erst die christlichen Arbeiterführer selbst! Adam Stegerwald, der dem Kongreß vorsaß, erklärte es für die größte Dummheit Deutschlands in der ganzen Kriegszeit, daß man geglaubt habe, durch rein materielle Eroberungsziele dieses idealistisch prächtig gesinnte Volk für die ungeheuersten Opfer begeistern zu können. Den ewigen Kriegszielskandal hat das deutsche Volk gründlich satt. Die Eroberungsphantasten hätten nur unnütz die Deutschen durcheinander gebracht und Wasser auf die Mühle der englischen Chauvinisten geleitet. „An Organisationen, die das Volk spalten, beteiligen wir uns nicht!" rief er mit deutlichem Hinweis auf die Vaterlandspartei in den Saal. Und der Redakteur der „Westdeutschen Arbeiterzeitung", J. Joes, der den Hauptvortrag hatte, charakterisierte die konservativen „Patrioten" mit schneidend kalter Schärfe dahin, man wisse nicht, nach welcher Richtung sie mehr für rücksichtslose Herrschaft schwärmten, ob nach innen oder nach außen: ehe man sich ihnen darüber auseinandersetze, was für Deutschlands Zukunft lebenswichtig sei, müßten sie erst einmal begriffen haben, daß nationales Gefühl nur durch den brüderlichen Geist der Gleichberechtigung wachsen könne. Mehr Absagen auf einmal konnte der Herr Graf nicht gut erwarten. Ob die Vaterlandspartei sich vielleicht noch immer einbildet, daß die Mehrheit des deutschen Volkes hinter ihrem wüsten Treiben steht? Viel Sinn für die Wirklichkeit haben ja die Eroberungspolitiker überhaupt nicht; aber wie heute selbst die deutsch-nationalen Handlungsgehilfen und die anderen christlich-nationalen Berufsverbände denken, das könnte die Vaterlandspartei aus der traurigen Geschichte von dem Grafen Westarp lernen, der unversehens auf diesem Arbeiterkongreß sich Prügel holen kam.

Was die Kongreßverhandlungen selbst anbetrifft, so war der erste Tag ganz der Stellungnahme zur Kriegsfrage und Kriegslage gewidmet. Es war ungefähr das Programm des gegenwärtig vorbereitenden neuen Bundes für Freiheit und Vaterland, dessen Gründung ja von den christlichen Gewerkschaftsführern ausgeht, das Stegermann und Joes entwickelten. Eine bloß gewalttätige Raub- und Eroberungspolitik lehnen sie ab. Auf der anderen Seite sind sie überzeugt, daß mäßiger als Czernin und Kühlmann Staatsmänner nicht mehr sprechen können und daß kein neues Friedensangebot, deren wir vielleicht schon zu viele gemacht haben, den Frieden näher führen kann. Denn England setzt eben alles daran, durch Niederschlagung Deutschlands seine industriell-kommerzielle Weltherrschaft auf weitere 100 Jahre zu befestigen. Demgegenüber müssen Deutschlands Kräfte zusammengefaßt und muß namentlich seine Moral gestärkt werden. Dazu gehört die sofortige Herstellung der vollen politischen Rechtsgleichheit, die Aufhebung des § 153 und die Schaffung von Arbeitskammern sowie eine gründliche und ehrliche Aufklärung über den wahren Stand und die Möglichkeiten der Lebensmittelversorgung. Werden diese Voraussetzungen erfüllt, dann wird die Arbeiterschaft lieber weiter hungern, frieren, leiden und bluten, als hundert Jahre lang für England fronden; dann werde es für Arbeitsniederlegung keine hinreichenden Gründe geben, und wer in der Heimat die Arbeit verweigert, als Mörder seiner Kameraden an der Front angesehen werden.

Die Forderung der Demokratisierung erstreckte der christliche Arbeiterkongreß mit großem Nachdruck auch auf die Gemeinden, in deren Verwaltung vieles muffig sei. Staatssozialistische Gedankengänge, die sich stark an Scheidemanns Würzburger Referat anlehnten, wurden vielfach laut. Nur in einem Punkte weicht die christliche Arbeiterbewegung entschieden und bedeutsam von der Würzburger Tagung ab. Sie verwirft einmütig und nachdrücklich die Parteiregierung, das parlamentarische System. Joes bezeichnete es als eine undeutsche Politik schreiender Sensationen, deren Anfang in den letzten Wochen schon Unheil genug angerichtet hätte. Man wolle mit England und Amerika nicht tauschen, selbst wenn man dadurch — was natürlich nicht der Fall sei — den Frieden haben könne. Deutsche Regierungsart fordere Ruhe und Sicherheit in treuer Verwaltungsarbeit.

Das einzige Mittel zur wirksamen Bekämpfung des Nahrungsmittelschwindels.

Im vergangenen Jahre wurde im Kriegsernährungsamte erwogen, ob man dem Drange auf Errichtung einer Prüfungsstelle endlich nachgeben und so den im Laufe des Krieges zu einem unerträglichen Uebel herangewachsenen Ersatzmittelunfug an der Wurzel bekämpfen und mit Stumpf und Stiel ausrotten sollte. In den süddeutschen Staaten, denen etwas später auch Sachsen folgte, und einigen Städten, z. B. Altenburg, Bremen, Kassel, Köln, Frankfurt a. M., war man weniger bedächtig und wartete das Resultat der Erwägungen nicht ab, sondern griff beherzt zu und führte den Genehmigungszwang für alle Ersatzmittel ein. Dieses gute Beispiel bot leider dem Kriegsernährungsamte einen neuen Vorwand zur Verzögerung der von allen Seiten dringend gewünschten Regelung. Man glaubte nun wieder die Erfahrungen und Erfolge der verschiedenen Prüfungsstellen abwarten zu müssen und begnügte sich mit der Einrichtung einer statistischen Abteilung, in der in gewissenhafter Weise alle amtlichen Untersuchungen der Ersatzmittel gesammelt, aber beileibe nicht den Verbrauchern mitgeteilt werden. Erfahrungen und Erfolge der z. T. seit Anfang 1916 bestehenden Ersatzmittel-Prüfungsämter liegen nun in hinreichender Zahl vor, so daß es an der Zeit wäre, in neue Erwägungen einzutreten, die nur zu dem Resultat führen dürfen, daß von Reichswegen und damit auch für Preußen der Prüfungszwang für alle Ersatzmittel eingeführt wird, denn alle Erfahrungen der verschiedenen Untersuchungsämter sind gut. Ihre Arbeit erspart nur eine ganz überflüssige Belastung dadurch, daß aus Preußen, wo man keine Schranken gegen gewissenlose Ersatzmittelfabrikanten errichtet hat, immer wieder mehr oder minder untaugliche Präparate eingeführt werden, während im eigenen Lande schon das Bestehen des Prüfungszwanges zur Ausmerzung mancher überflüssigen „Nahrungsmittel-Industrie" geführt hat.

Neben der Einrichtung der statistischen Abteilung hat das Kriegsernährungsamt zur Bekämpfung des Ersatzmittelunfugs noch an die Käufer die Mahnung gerichtet, sich selber vor minderwertigen Fabrikaten zu schützen. Bei der heutigen Warenknappheit, wo der Markt für jede Ware, gleichviel von welcher Güte, aufnahmefähig ist, kann solche Mahnung unmöglich irgend welchen Erfolg haben. Woher soll außerdem der Käufer wissen, was gute, was schlechte Ersatzmittel sind? Er kann es immer nur erfahren durch eigene Versuche, denn die Anpreisungen auf den Verpackungen versprechen immer alles mögliche und unmögliche; von ihrer Wahrheit überzeugt man sich nur durch die Probe im Haushalt, nicht durch das Aufsehen im Laden. Die beigegebenen Gutachten besagen über den positiven Wert meist garnichts und bescheinigen nur mehr oder minder unverfänglich die Unschädlichkeit. Und wenn der einzelne Käufer wirklich durch Schaden klug geworden ist und den Einkauf fragwürdigen „Ersatzes" in Zukunft meidet, so hat die Gesamtheit nichts davon, jeder einzelne muß von neuem und auf eigene Kosten klug werden, statt daß eine amtliche Stelle die Erfahrungen für alle sammelte und sie überhaupt nicht erst der Gefahr aussetzte, betrogen zu werden. Und wenn wirklich alle Einwohner eines Bezirks, einer Stadt Lehrgeld in Gestalt des Kaufpreises für minderwertige Ersatzmittel gezahlt haben, so ist volkswirtschaftlich damit auch nicht viel gewonnen, denn die Ware ist einmal hergestellt, d. h. es ist Rohmaterial für einen untauglichen Zweck vergeudet, Arbeitskraft daran verschwendet und der eigentlich Geschädigte ist neben dem Verbraucher der Kleinhändler, bei dem die minderwertige Ware liegen bleibt, gegen den sich gewöhnlich auch der Zorn der genasführten Käufer richtet, während der Hersteller längst seinen Gewinn in Sicherheit hat.

Das Kriegsernährungamt wendet indessen weiter ein, daß es an genügend geschulten Kräften fehle, um die erforderlichen Untersuchungen auszuführen. In den angeführten Staaten und Städten scheint man den Mangel an Arbeitskräften nicht ganz so hoch einzuschätzen. Ja, die Zauderpolitik des Kriegsernährungsamtes, die zur Gründung vieler statt eines Prüfungsamtes geführt hat, verschärft ja eigentlich diesen Mangel erst; denn heute läßt es sich nicht vermeiden, trotzdem die süddeutschen Staaten und Sachsen zu einem Uebereinkommen über die Anerkennung der in einem der Staaten vorgenommenen Untersuchungen gelangt sind, daß zahlreiche Prüfungen doppelt gemacht werden. Dazu kommt noch, daß die Gerichte unendlich viel Arbeit zu leisten haben bei der Verfolgung der Fälle, in denen die Ersatzmittelfabrikanten zur Rechenschaft vor die Gerichte gefordert werden. Durch zweckmäßige Organisation würde aller Wahrscheinlichkeit nach an Arbeitskräften gespart, keinesfalls aber mehr gebraucht als jetzt für die vielfachen Untersuchungen im Auftrage der staatlichen, städtischen und gerichtlichen Untersuchungsstellen erforderlich sind, wobei noch nicht berücksichtigt ist, daß nach den Erfahrungen der bereits bestehenden Prüfungsämter die Einführung des Untersuchungszwanges allein schon den Fabrikationseifer einzudämmen pflegt.

Der Genehmigungszwang für alle Ersatzmittel muß gefordert werden im Interesse der Behörden, des Handels, der Verbraucher. Bei der Schwierigkeit der Rohstoffbeschaffung auf allen Gebieten sind die Ersatzmittelfabrikanten natürlich bemüht, sich die zur Aufrechterhaltung ihrer Betriebe erforderlichen Waren auf jede Weise zu beschaffen, gleichgültig, ob sie sie zur Erreichung dieses Zweckes aus dem Kleinhandel wieder auflaufen müssen, gleichgültig auch, ob die angebotenen Materialien im Wege des Schleichhandels erworben werden. Nicht selten werden auch bereits verarbeitete Stoffe zur Verwandlung in irgend einen Ersatz aufgekauft. So sucht sich in diesen Tagen der allgemeinen Kerzenknappheit eine chemische Fabrik, die sich mit der Herstellung von Lederfetten befaßt, „Kerzen jeder Art und jedes Quantum" durch ein Inserat in einer Berliner Tageszeitung. Bei der „Teka" ist eine besondere Abteilung nur damit beschäftigt, die Fälle von unerlaubter Verwendung von Kartoffelmehl zur Herstellung von Stärke zu verfolgen. Vermutlich handelt es sich auch hier um die Wiederverarbeitung der erlaubten Kartoffelstärkesorten d. h. um Streckung, also Verschlechterung; oder aber das Kartoffelmehl ist im Schleichhandel gekauft, so daß in jedem Falle Vorschriften der Verteilungsbehörden übertreten worden sind. Die Verfolgung der schon erfolgten Uebertretungen ist natürlich viel mühsamer und minder erfolgreich als die Untersuchungen, die solche Zuwiderhandlungen überhaupt unmöglich machen, denn es ist selbstverständlich, daß kein „Ersatz" genehmigt werden darf, für den „verbotene" Grundstoffe verwendet werden.

Der Kleinhandel hat an solchen Prüfungsämtern gleichfalls ein lebhaftes Interesse. Er ist nicht in der Lage, sich über Wert oder Unwert der ihm angebotenen Fabrikate zu unterrichten. Die jetzt üblichen privaten Gutachten geben ihm keinen Anhalt. Neben den Verbrauchern trägt er den Schaden, der durch die minderwertigen Ersatzmittel verursacht wird. Daß der Verbraucher sich nicht selber schützen kann, mindestens einmal hereinfallen muß, ist schon dargelegt.

Selbstverständlich muß sich der geforderte Prüfungszwang auch auf die ausländischen Produkte erstrecken, ganz abgesehen davon, daß die „Auslandsware" es zum Teil schon zu demselben schlechten Ruf gebracht hat, den der „Ersatz" heute nur allzu berechtigterweise genießt, so steht auch zu befürchten, daß bei Nichteinbeziehung der Auslandsware die minderwertigen inländischen Erzeugnisse sich schleunigst in „Auslandsware" verwandeln. Dem kann nur durch Unterwerfung auch der dänischen Bouillonwürfel, holländischen Puddingpulver usw. usw. unter den Prüfungszwang entgegengewirkt werden.

Aus der Partei.

Eingehen eines Parteiblattes. Wie die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" meldet, stellt die „Volksstimme für Altena-Iserlohn" am 1. November ihr Erscheinen ein. Pläne zur Verschmelzung des Blattes, das seit Kriegsbeginn erheblichen Zuschuß forderte, mit einem der benachbarten größeren Parteiblätter sind schon seit längerer Zeit verhandelt worden. Sie scheinen nunmehr zum Abschluß gelangt zu sein.

Aus Nah und Fern.

Unter dem fahrenden Güterzug. Seit Wochen wurden sowohl auf dem Güterbahnhof Wahren bei Leipzig als auch auf den Eisenbahntransporten in der weiteren Umgebung Leipzigs besonders solche Güterwagen, in denen Fleisch verladen war, beraubt. Seit kurzem wurden deshalb solche Transportzüge im geheimen durch Beamte der Leipziger Kriminalpolizei begleitet. In zwei Eisenbahnwagen, worin gefrorene Schweine hingen, eingeschlossen, gelangten vier solcher Beamten nachts auf den Wahrener Bahnhof. Dort bemerkten sie eine Gruppe von drei Männern in Eisenbahneruniform, die die Aufbrechung des Wagens in Angriff nahmen. Als der erste der Einbrecher mit einer Taschenlaterne in den Wagen eingedrungen war, sprangen die Beamten plötzlich aus ihrem Versteck hervor. Der Einbrecher floh. Hinter ihm her jagte der Kriminalschutzmann Tietze. Nun kam es nach der „Magdeb. Ztg." zu einer aufregenden Szene. Um sich zu retten, kroch der Einbrecher von der Seite her unter einen rangierenden Güterzug. Trotz der augenscheinlichen Lebensgefahr kroch der ihm nahegekommene Beamte gleichfalls unter den laufenden Zug, wo er den Verbrecher zwischen beiden Schienen niederrang. Ueber beide bewegte sich dabei der Zug. In dem Verhafteten wurde ein Hilfsschaffner Josef Kneblich erkannt. Noch in derselben Nacht gelang es, zwei Wagenrücker als Mittäter dingfest zu machen.

Feuer in Baltimore. Reuter meldet aus Baltimore: Auf einem Pier der Baltimore-Ohio-Eisenbahn ist Feuer ausgebrochen, das großen Schaden verursachte, der auf ungefähr 5 Millionen Dollar geschätzt wird. Man vermutet Brandstiftung.

Straßenverkauf von heißem Wasser. Aus dem Haag wird der „Weser-Zeitung" geschrieben: Der Kohlenknappheit wegen und um Gas zu sparen ist man auf die Idee gekommen, die während der Sommermonate zu Sprengzwecken benutzten städtischen Wasserwagen nachdem diese mit einer Lage Asbest umkleidet, mit kochendem Wasser zu füllen und den Eimer zu drei Cents anzubieten. Der Zulauf von Köchinnen und Dienstmädchen übersteigt alle Erwartungen, sodaß sich diese Neueinrichtung bezahlt macht.

Verheerende Ueberschwemmung in Britisch-Südafrika. Der „Berliner Lokalanzeiger" berichtet aus dem Haag: Aus Durban wird nach London gemeldet, daß der Fluß Umgeni über seine Ufer getreten ist. Tausende von Eingeborenen sind ertrunken. Das ganze Gebiet von Umgeni ist überschwemmt und großer Schaden angerichtet worden.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.